Einzelpreis 180 Milliarden

Volksstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 26. November bis 2. Dezember 850 Milliarden Mark, Abholer 810 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 140 Mk., auswärts 200 Mk., Familienanzeigen und Stellengesuche 70 Mk., Vereinskalender 140 Mk., die dreigespaltene, 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 700 Mk., auswärts 1000 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungsverleger, zurzeit 1400 Millionen. Gewährter Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 275. Magdeburg, Sonntag den 25. November 1923. 34. Jahrgang.

Stresemanns Sturz.

Ins offene Grab.

Das Grab hat er sich selbst gegraben. In einem zerklüfteten Parlament kann der Chef einer Regierung sich nicht halten, wenn er nicht Farbe bekennt, wenn er nicht einen politischen Willen aufbringt und ihn konsequent verfolgt. Stresemann aber wollte lavieren, wie er das aus seiner nationalliberalen Vergangenheit gewohnt ist. Dabei stieß er rechts und links an und ab. Nicht am wenigsten in seiner eignen Partei. Die schwerindustriell orientierten lieben Parteigenossen taten alles, um den parlamentarischen Führer ihrer Partei zu stürzen. Noch am letzten Sonntag mußte er sich gegen diese verehrten Fraktionskollegen im Zentralvorstand seiner Partei zur Wehr setzen.

Mit dem Lavieren stieß er rechts und links auf immer stärkere Gegnerschaft. Die Rechtler verargten ihm sein Paktieren mit der Sozialdemokratie, und die Sozialdemokraten mußten seine Gegner werden, weil er seine Macht gegen die Arbeiterschaft kehrte, wie Sachsen bewies, aber nicht gegen die monarchistischen Hochverräter, wie Bayern belegte.

So schmolz die Schar derer zusammen, die an dem Glauben festhielten, daß Stresemann regieren könne. Im Grunde war letztenEndes außer ihm selbst kein andrer Parlamentarier noch dieser Meinung. Wenn die Mittelparteien ihre Ansicht nicht offen äußerten, so nur deshalb, weil sie nicht wußten, was nach ihm kommen sollte oder kommen könnte.

Es stand daher fest, daß der Chef des Kabinetts im Parlament keine Mehrheit mehr besaß, als der Reichstag gegen den Willen Stresemanns zum Dienstag berufen wurde. Durch seine lange Verteidigungsrede wurde an diesem Zustand nichts geändert. Der Redner vermied es abermals, zu den schreienden innerpolitischen Konflikten bestimmte Stellung zu nehmen. Er konnte sich weder für rechts noch für links entscheiden. Damit war sein Schicksal als Kanzler entschieden.

Es fragte sich nur noch, ob er aufrecht fallen oder gebückt davonkriechen wollte. Noch am Freitag in der Frühe sah es so aus, wie wenn er getreu nationalliberal das letztere vorziehen wolle. Es waren am Donnerstag drei Mißtrauensanträge eingelaufen. Es lag die Möglichkeit vor, daß sie alle — aus entgegengesetzten Gründen — abgelehnt wurden, wie wir das hier wiederholt dargelegt haben. Dann konnte Stresemann weiter amtieren, obwohl oder weil er das Vertrauen der Mehrheit nicht besaß.

Vor Beginn der letzten Sitzung muß ihm nun von seinen Ministerkollegen — von allen schwerlich, wohl nur von einigen — klargemacht sein, daß auch diese Brücke der Verlegenheit nicht halten würde, daß das Ende doch kommen müsse, daß es daher besser und würdiger sei, es offen und klar zu erwarten. Zur Einleitung der letzten Sitzung gab er daher die Erklärung ab, daß die Regierung ihre weitere Existenz nicht einer parlamentarischen Arithmetik verdanken wolle, sondern daß sie ein glattes Vertrauensvotum verlange. Die Parteien der Mitte mußten sich daraufhin schweren Herzens entschließen, den entsprechenden Antrag einzubringen. Er wurde mit 75 Stimmen Mehrheit von den Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Bayrischen Volkspartei abgelehnt.

Stresemann war gestürzt.

Wenn in der Demokratie eine Regierung beseitigt wird, muß eine neue an ihre Stelle treten. Möglichst schnell. Wenn's geht, in vierundzwanzig Stunden. Unmittelbar nach Schluß der Reichstagssitzung haben daher beim Reichspräsidenten die Besprechungen über die Bildung der neuen Regierung begonnen. Die Volksparteiler der rechten Färbung arbeiten darauf hin, die Deutschnationalen ans Ruder zu bringen. Sie wollen den lang ersehnten Bürgerblock unter dem Kommando ihrer deutschnationalen Freunde und Gesinnungsgenossen gegen die „Marxisten“ errichten. Sie wollen auf gesetzlichem Wege zur Diktatur kommen.

Dagegen erhebt sich im Zentrum wie bei den Demokraten Widerstand. Hält dieser an, dann ist eine rein bürgerliche Regierung mit Deutschnationalen als Teilnehmern und Kommandeuren nicht möglich. Da die große Koalition, diese Seifenblase vager Träume, schon vor Stresemanns Sturz erledigt war, bliebe als parlamentarische Möglichkeit nur noch die kleine Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum übrig. Daran nehmen aber die bürgerlichen Mittelparteien schweren Anstoß. Sie haben sich mit der Volkspartei in ihrer Angst vor der Macht der Arbeiterklasse zur Arbeitsgemeinschaft verbunden und wollen diese Koalition nicht schwinden lassen.

Danach haben wir die Tatsache zu registrieren — die nicht neu ist, die nur immer wieder in der Not verschleiert wurde —, daß mit diesem Reichstag keine Regierung zu bilden ist. Die Folge müßte sein, daß das Parlament aufgelöst und das Volk ersucht würde, eine andre Vertretung zu wählen, mit der sich nach demokratischen Grundsätzen arbeiten läßt. Aber gerade davor schrecken die Fraktionen am meisten zurück. Ohne Zweifel ist eine Winterwahl des Parlaments mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Wir sind so arm geworden, daß wir uns eine ausgebreitete Agitation im Winter nicht mehr leisten können. Aber werden im Mai des nächsten Jahres die wirtschaftlichen Voraussetzungen sich gebessert haben? Sicherlich nicht, wenn so weiter gewurstelt wird, wie bisher mit diesem unmöglichen Reichstag seit Juni 1920 gewurstelt worden ist.

Außerdem: werden im Mai oder Juni des nächsten Jahres Reichstagswahlen überhaupt noch möglich sein? Wird es dann überhaupt noch ein Deutsches Reich von der heutigen Ausdehnung geben? Offenbar nicht, wenn die Zersetzung so weitergeht, wie sie in den letzten Wochen vorgeschritten. Das Rheinland mit Gebieten Westfalens sollte von der Regierung Stresemanns verraten werden. Dem Verrat der bayrischen Hochverräter wehrt man auf bürgerlicher Seite nicht. Unmittelbar nach dem Sturze der Regierung ist im Reichstag am Freitag abend ein Antrag abgelehnt worden, die Ludendorff, Kahr, Lossow als Hochverräter zu belangen. Die bürgerlichen Fraktionen haben geschlossen den Antrag niedergestimmt. Sie begünstigen damit den Hochverrat der weißblauen und schwarzweißroten Monarchisten. Aus Feigheit wie aus Berechnung.

Darin wird keine Aenderung eintreten. Wir haben daher bestimmt damit zu rechnen, daß eigentliche Reichstagswahlen nach einem halben Jahre nicht mehr möglich sein werden. Folglich müßte man sie jetzt vornehmen, wo sie noch möglich sind, wo sie noch als Kitt, als Bindemittel für die abfallenden Teile wirken können, die doch nur das Opfer kapitalistischer kalter Geschäftsberechnung werden sollen.

In erster und letzter Linie aber müssen Neuwahlen deshalb vorgenommen werden, weil man sich in der Demokratie den demokratischen Grundforderungen immer und überall beugen muß. Auch dann und gerade dann, wenn die Respektierung dieser Grundforderungen mit Mühsal und Lasten, mit Schwierigkeiten und Opfern sonder Zahl verbunden ist. In einer irregeleiteten Stunde hat das Volk diesen Reichstag gewählt; man muß dem Volke die Gelegenheit geben, seinen Fehler zu korrigieren. Entscheidet die Mehrheit abermals gegen uns, so hat man das Votum hinzunehmen und auf einen bessern Tag zu warten. Auf keinen Fall fahren wir mit den ewigen Flickversuchen besser. Das haben die letzten sechzehn Monate doch wohl hinlänglich bewiesen.

Gewiß hat es für eine Neuwahl eine günstigere Stunde gegeben: nach dem Rathenau-Mord. Damals ist sie in einer schier unbegreiflichen Verblendung versäumt worden. Inzwischen sind alle parlamentarischen Möglichkeiten einer Regierungsbildung restlos erschöpft worden und wir sind immer tiefer in Elend und Not geraten.

Da bleibt nichts weiter übrig, als sich der Demokratie zu beugen und ans Volk zu appellieren als dem Träger unsrer Souveränität. Heute, wo dieser Appell noch möglich ist. Trotz aller Hindernisse, die sich bergehoch vor uns auftürmen.

Oder es ergeht uns im November 1923 genau so wie es uns in den letzten Tagen des Juni 1922 schon ergangen ist. —

* * *

Die Verhandlung.

Außer dem deutschnationalen und dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum haben die Kommunisten folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen.“

Reichskanzler Dr. Stresemann

gibt zunächst folgende Erklärung ab:

Das motivierte sozialdemokratische Mißtrauensvotum gäbe parlamentarisch taktisch die Möglichkeit, daß die verschiedenen Mißtrauensanträge mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt werden. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, ihre Geschäfte fortzuführen auf Grund irgendeiner durch solche parlamentarische Arithmetik herbeigeführten Konstellation. Sie wünscht eine klare, unzweideutige Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Ich richte deshalb an die Fraktionen, die der Regierung nahestehen, die Bitte, eine solche klare Entscheidung herbeizuführen. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) bringt darauf folgenden Antrag ein:

Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus. Scholz (D. Vp.), Marx (Ztr.), Erkelenz (Dem.).

Darauf wird in der Aussprache fortgefahren.

Abg. **Erkelenz** (Dem.): Dem Gedanken der großen Koalition werden die Demokraten auch weiterhin ihre Kraft widmen. Die Reichswehr hat sich als zuverlässige Schützerin der republikanischen Verfassung bewährt. Die bayrischen Vorgänge sind, vom Rheinland aus gesehen, noch viel schlimmer als von Berlin aus betrachtet. Die deutsche Wirtschaft ist nicht so krank, wie sie aussieht, wenn nur recht schnell die Währungsfrage gelöst wird. An dem Achtstundentag muß grundsätzlich festgehalten werden. Die rheinische Industrie hat bei ihren Verhandlungen mit den Franzosen eine sehr bedenkliche Haltung eingenommen.

Ein Antrag **Koenen** (Komm.), sofort die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei auf die Tagesordnung zu setzen, stößt auf Widerspruch.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.): Der Münchner Putsch ist in eine Katholikenhetze ausgeartet. (Zuruf: Herr v. Graefe ist verreist!) Hoffentlich nicht südwärts. (Heiterkeit.) Der Münchner Putsch war ein Verbrechen am deutschen Volke. Beim besten Willen bin ich nicht mehr in der Lage, das Wort „Ordnungszelle“ weiter für Bayern in Anspruch nehmen zu können. (Hört, hört! Heiterkeit und Beifall.) Wir können uns nicht davon überzeugen, daß die Taten der Reichsregierung unserm Antrag über den föderalistischen Ausbau der Verfassung entsprechen werden. Darum können wir einem Vertrauensvotum nicht zustimmen.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Bei den Angriffen, gegen die sich die Reichswehr wehren muß, haben die Kommunisten den Vorzug, klar auszusprechen, was sie wollen, während die Herren v. Graefe und Henning ihre Ziele nicht hier, sondern nur in ihren Versammlungen klar aussprechen: die gegenwärtigen Verhältnisse und die Verfassung der deutschen Republik mit Waffengewalt umzuwerfen. Nationalsozialisten und Kommunisten sind einig in ihren Mitteln: in der Anwendung der Waffengewalt. Wir kennen die Kampfpläne von rechts und links und wir haben uns entschlossen, diesen Kampf mit den stärksten Mitteln für die Existenz der deutschen demokratischen Republik aufzunehmen. (Beifall.) Mit der Ernennung des Herrn v. Kahr zum bayrischen Generalstaatskommissar wuchs die Gefahr im Innern. Wenn wir gegen die illegalen Kampftruppen aus Bayern den Kampf aufnahmen, dann durften wir nicht die kommunistischen Hundertschaften im Rücken haben. Wir konnten nicht dulden, daß in dieser Zeit Kommunisten in Landesregierungen saßen, die selbst programmatisch den Umsturz der Weimarer Verfassung gewaltsam erreichen wollen. (Lebh. Zurufe links: Bayern!) Verfassungswidrige Zustände in Bayern geben kein Recht auf verfassungswidrige Zustände in Sachsen. Ich hatte nur den Auftrag, gegen Sachsen vorzugehen. Dort war es so weit mit der Unsicherheit für weite Kreise gekommen, daß erklärt wurde, man müsse zum Schutze vor dem Terror der Kontrollausschüsse die bayrischen Fascistenbanden herannrufen. Die Uebertragung der vollziehenden Gewalt an General v. Seeckt hatte den Sinn, gegen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung des Bestehenden in Deutschland Front zu machen. Wer irgendwie von der Reichswehr mißhandelt oder vergewaltigt worden ist, den fordere ich auf, den Weg des Zivilprozesses zu beschreiten.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.): Es ist ein Unding, daß in einem demokratischen Staat ein militärischer Ausnahmezustand herrscht. Heute hat Herr v. Seeckt zu befehlen, die Regierungen leben nur von seiner Gnade. Mit jedem Tage wächst die Gewaltherrschaft des Militärs. In Sachsen und Thüringen haben wir nie so verfassungswidrige Zustände gesehen wie in Bayern. Reichskanzler und Wehrminister haben geradezu erbärmliches Material über Sachsen und Thüringen vorgebracht. Das verfassungsmäßige Leben Deutschlands ist gefährdet durch das Vorgehen der Reichswehr gegen die verfassungsmäßigen Regierungen in Sachsen und Thüringen. Rücksichtslos sind in Sachsen Polizeibeamte abgesetzt worden, ebenso die Regierungskommissare, die doch Vertrauensleute der verschiedenen Parteien sind, wahrscheinlich wegen ihrer Berichte über die Bestialitäten der Reichswehr, die sie

im Gefühl ihrer Allgewalt

begangen hat. Arbeiterbataillone, deren Bildung im Rücken der Reichswehr verhindert werden soll, bestehen nur in der Phantasie des Wehrministers. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen das Verbot der Kommunistischen Partei und ihrer Einrichtungen. In Sachsen sind in kurzer Zeit 134 Tote zu verzeichnen gewesen und einige hundert Verwundete. Wo sollen wir das Recht hernehmen, die Brutalitäten im besetzten Gebiet zu geißeln, wenn derartiges hier geschieht? Rücksichtsloser ist noch nie mit Leben und Freiheit der Bürger verfahren worden. Noch heute werden die Verhaftungen fortgesetzt. Auch sonst kehrt sich die Militärdiktatur nicht an Recht und Gesetz. Die Sozialdemokratische Partei fordert

Aufhebung des Ausnahmezustandes

im Interesse der arbeitenden ruhigen Bevölkerung. Solange die frühern kaiserlichen Offiziere, die Deutschland ins Unglück gebracht haben (Unruhe rechts), noch eine Rolle bei uns spielen, ist die Republik gefährdet. Nicht Dank gebührt der Reichswehr, sondern schärfster Protest. Mit Variation eines alten Wortes kann man sagen: in Sachsen und Bayern alles ruhig mit Ausnahme der Reichswehr. (Beifall links.)

Thüringischer Ministerpräsident Frölich: Erst nachdem die Rechtsorganisationen offen zum politischen Mord auf-

forderten, sind als Schutz Gegenorganisationen der Linken aufgetreten. Wenn wir gemeinsam mit den Kommunisten arbeiten wollten, so war das Sache unsrer eignen freien Vereinbarung, wie ja bei Koalitionsregierungen die Parteien sich stets verständigen müssen.

Abg. Fröhlich (Komm.): Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei ist eine Ankündigung verwirklicht worden.

Wir pfeifen auf dieses Verbot,

weil es kommt von einer Macht, die zerbricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir lachen der Militärdiktatur, denn es ist die Ohnmacht, die jetzt brutal auftritt gegen das arbeitende Volk. Der Militärdiktatur werden wir bewaffneten Widerstand entgegensetzen. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten, die sich auf Aufforderung des Abgeordneten Koenen von den Plätzen erheben und ein dreifaches Hoch auf den internationalen Kommunismus ausbringen. Als die andern Parteien darauf in schallendes Gelächter ausbrechen, ruft ihnen Abgeordneter Höllein zu: Idiotenpack!)

Abg. Wegmann (Unabh. Soz.) fordert die Räumung Sachsens und Thüringens von der Reichswehr.

Abg. Henning (deutschvölk.): Ehrhardt ist der schärfste Gegner der völkischen Bewegung. Er hat dieser Bewegung den Dolch in den Rücken gestoßen, als er sich auf die Seite von Kahr schlug. Wir protestieren gegen das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Parteiverbote sind mit der Verfassung unvereinbar. Mit Bajonetten kann man eine Bewegung nicht niederhalten.

Damit schließt um 7 Uhr die Aussprache. Da viele Abgeordnete zur Teilnahme an der Beerdigung des Reichsbankpräsidenten Havenstein beurlaubt sind, wird nach Erledigung einiger Petitionen die Sitzung um 7 Uhr unterbrochen und die Abstimmung über das Vertrauensvotum auf ½8 Uhr angesetzt.

In der Abendsitzung,

die um ½8 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet wird, findet sofort die Abstimmung über das Vertrauensvotum der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft statt. Die Abstimmung ist namentlich, dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Deutschnationalen. Auch die Bayrische Volkspartei stimmt in ihrer Mehrheit gegen das Vertrauensvotum, einige Mitglieder enthalten sich der Stimme, ebenso die bayrischen Bauernbündler.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Es wurden abgegeben insgesamt 392 Stimmen, davon lauteten 155 auf ja, 230 auf nein, sieben Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist das Vertrauensvotum abgelehnt, die Mißtrauensanträge sind erledigt. Der Reichskanzler und die Reichsminister verlassen sofort den Saal. Schweigend nimmt das Haus das Abstimmungsergebnis entgegen.

Das Kabinett trat nach dem Ergebnis der Abstimmung sofort zu einer Sitzung zusammen und beschloß den Rücktritt. —

Seeckt im Porzellanladen.

Vor einigen Tagen brachte die „Berliner Volkszeitung" aus der Feder eines Mitarbeiters eine Würdigung des Reichswehrgenerals v. Seeckt, in der behauptet wurde, daß Seeckt nicht nur der eigentliche Sieger beim Durchbruch von Gorlice war, sondern daß auch die siegreiche Ueberwindung der Serben und Rumänen sein Werk gewesen, während Mackensen und andre den Ruhm einstrichen. Wegen Unstimmigkeiten mit Ludendorff sei Seeckt schließlich in die Ecke gedrückt worden.

Vielleicht ist das alles richtig, und man könnte sich sogar wundern, wie wir bei so viel militärischer Ueberlegenheit in der Führung den Krieg verlieren konnten, wenn wir inzwischen nicht eine Reihe Träger der roten Generalsstreifen besser kennengelernt hätten. Vielleicht wäre manches anders gekommen, wenn sich diese Männer mehr als Werkzeuge der Politik denn als Götter angesehen hätten. Aber sie wollten selbst Politik machen, und wie unfähig sie dazu sind, hat in den letzten Monaten der Götze Ludendorff bewiesen und beweist nunmehr auch der General Seeckt mit seinem Verbot der Kommunistischen Partei neben den Verboten gegen die Völkischen und die sogenannten Nationalsozialisten Ludendorffs und Hitlers.

Es handelt sich bei diesen drei Parteien um Vereinigungen, die bewußt auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiten, ohne sich über die Gefahren Rechenschaft abzulegen, die sie damit über Deutschland heraufbeschwören. Die Nationalsozialisten und Deutschvölkischen haben erst in den letzten Tagen durch den Münchner Putsch bewiesen, daß sie selbst in diesen kritischen Zeiten vor der gewaltsamen Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht zurückschrecken und einen Bürgerkrieg mit allen Mitteln betreiben.

Das gleiche trifft auf die kommunistische Reichszentrale zu! Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß der Hamburger Putsch nicht nur von der kommunistischen Parteizentrale gewollt, sondern auch finanziert worden ist. Dafür sind dokumentarische Beweise vorhanden. Darüber hinaus liegt authentisches Material dafür vor, daß die Kommunisten aus ihrer Niederlage in Hamburg nicht die notwendige Lehre gezogen haben, sondern weiterhin rüsten. Große Mittel haben sie in den letzten Monaten für Waffen- und Munitionskäufe ausgegeben.

Aber bei aller Würdigung der Tatsachen sind wir doch der Meinung, daß die Aktion des Generals ein Fehlgriff ist und ein Fehlschlag wird. Man kann die Personen, die Verschwörungen anzetteln und mit den Waffen in der Hand ihre Ziele durchsetzen wollen, verhaften und unschädlich machen, aber man kann nicht Parteien auflösen und verbieten. Das hat vor fast einem halben Jahrhundert schon ein andrer, und man darf wohl sagen Größerer versucht, Bismarck, der 1878 auch die Sozialdemokratische Partei im Stile Seeckts auflöste. Auch damals wurden Druckereien beschlagnahmt und ausgeräumt, Menschen brotlos gemacht, ins Gefängnis geworfen, ausgewiesen, herumgehetzt, aber die Partei konnte auch ein Bismarck nicht tot machen. Sie war nach zwölfjährigem Verbot lebensfähiger und größer als am Anfang der Drangsalierungen.

Ja, wenn es mit Verboten getan wäre! Was hat man während und nach dem Kriege nicht alles verboten bei Geld-, Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Sieht man die endlose Reihe der Verbots- und Strafverfügungen an, dann müßte eigentlich in Deutschland höchste Glückseligkeit herrschen. Kein Wucherer könnte leben, kein Schieber in Devisen oder Waren, kein Steuerdrückeberger existieren, und unsre Währung stände auf andrer Stufe. Hat nicht erst vor einigen Tagen derselbe Seeckt angeordnet, daß die Schlemmerlokale ausgeräumt und zu Volksküchen umgewandelt werden sollen? Eine Rentenmark Belohnung demjenigen, der ein solches Lokal in Deutschland nachweisen kann, das nach dem Seecktschen Erlaß zu Volksküche oder Wärmehalle umgewandelt worden wäre oder umgewandelt werden soll. Hier versagt die Generalsmacht, hier fahren keine Lastautos mit Schupo vor, wie in Magdeburg und vielen andern Städten am Freitag, und leeren Werkstätten und Läden aus.

Was wird trotz des augenblicklichen „Erfolges" die Dauerwirkung sein? Man treibt eine Bewegung, die sich bisher mit einiger Offenheit nach außen betätigen konnte, ins Geheime, Unterirdische. Man verleiht Parteien, die auf die Dauer an ihrer eignen Unfruchtbarkeit, am Widersinn ihrer Ziele sang- und klanglos zugrunde gegangen wären, einen Nimbus, der alle urteilslosen Elemente rechts und links erst recht in ihren Bannkreis zieht. Man züchtet Attentäter und Meuchelmörder und bringt dem satten Bürger und gewissenlosen Ausbeuter die falsche Meinung bei, daß nunmehr alles in Ordnung sei und sie sich vollends der politischen Indolenz oder der ungestörten Ausplünderung der Massen und der Ausbeutung durch niedrige Löhne hingeben könnten.

Damit kommen wir in Deutschland nicht weiter und nicht vorwärts. Den Ultras von rechts und links muß der Nährboden entzogen werden. Die „Nationalen" müssen endlich erkennen, was ist, müssen sich darein fügen, daß wir ein geschlagenes Volk sind, das sich von innen heraus in jahrzehntelanger Arbeit wieder aufrichten muß zur ehemaligen Geltung im Völkerkonzert. Nicht durch die vorkriegszeitliche Ueberhebung und Ruhmredigkeit, sondern durch kulturelle Leistungen ohne geistigen Hochmut, durch Arbeit, die in ehrlichem Wettbewerb auf den Weltmarkt gebracht wird. Der kommunistischen Propaganda aber entzieht man den Boden allein durch eine großzügige Innenpolitik, besonders auf dem Boden der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, einer opferbereiten Steuerpolitik und einer großzügigen Betriebs- und Lohnpolitik.

Solange man aber an Reichsstellen damit umgeht, den Staatsarbeitern nunmehr Stundenlöhne von ganzen 19 Goldpfennigen anzubieten, was bei den jetzigen Goldmarkpreisen für Fleisch, Wurst und Fett etwa einem Wirklichkeitslohn von vier Pfennigen gleichkäme, so lange kann von einem Abflauen der kommunistischen Bewegung keine Rede sein. Wenn Herr v. Seeckt verbieten will, wenn er Deutschland helfen will, dann greife er hier ein, wenn er — kann! Mit den jetzigen Verboten aber zerschlägt er nur das letzte deutsche Porzellan. —

* * *

Ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Also der General v. Seeckt hat die Kommunistische Partei verboten, die Beschlagnahme ihres gesamten Eigentums verfügt. In gleicher Weise hat er befohlen, gegen die Hakenkreuzler vorzugehen.

So ist verordnet und befohlen. Gegen die Kommunisten sind Verordnung und Befehl pünktlich und gewissenhaft ausgeführt worden. In Magdeburg wurde die Filiale der in Halle erscheinenden „Tribüne" ausgeräumt, in Halle wurde das Hauptgeschäft geschlossen, in Leipzig und Chemnitz wurden die kommunistischen Druckereien von Reichswehr besetzt. In Erfurt wurde die seit dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen flüchtige Bezirksleitung der Kommunisten verhaftet, in Magdeburg fiel ein von auswärts kommender Kurier, der die Kriminalbeamten als seine Parteigenossen ansah und daher sehr offenherzig war, der Polizei in die Hände. In Dresden drang die Polizei sogar in den Landtag ein, hielt dort Haussuchungen ab, durchsuchte das Zimmer der kommunistischen Landtagsfraktion. Der Protest des Landtagspräsidenten wurde nicht beachtet. Das hat bisher nicht einmal Kahr gewagt! Selbstverständlich wurden auch in Dresden die Räume der kommunistischen Druckerei und der Partei geschlossen.

Es sind auch Geschäftsräume der verbotenen Hakenkreuzparteien geschlossen worden, z. B. in Berlin. Aber die Hakenkreuzler haben einflußreiche Freunde, die sich auch der Durchführung der Befehle Seeckts zu widersetzen vermögen. Wir wollen von Bayern und dem Kahr gar nicht erst reden. Die Deutschvölkische Freiheitspartei trat zu ihrem ersten Parteitag gerade an dem Tage zusammen, der das Verbot brachte. Nach Neubrandenburg in Mecklenburg hatten die Wulle und Graefe ihre Getreuen geladen. Die Polizei tat, was ihr befohlen war: sie umstellte am frühen Morgen das Tagungslokal und gab bekannt, daß der Parteitag nicht

Kleines Feuilleton.

Te Deum von Braunfels.

I.

Die Gewalt der Tradition ist ungeheuer: immer und immer wieder spüren wir, wie sie uns zurückzieht. Wie oft hat man nicht schon die katholische Kirche und ihre Kultformen totgesagt — und hat erleben müssen, daß man sich getäuscht hatte! Auf musikalischem Gebiet glaubten wir in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, im Zeitalter des Bach und Händel, über die katholische Kirchenmusik den Sieg davonzutragen. Die Bachschen Passionen und Kantaten stellen dem universal-römischen Beispiel ein deutsches entgegen — deutsch-nordisch in der Empfindung, die den Einzelmenschen zu seinem Gotte reden ließ, anstatt die Menschheit als geschlossene Masse dem Weltschöpfer und Weltenrichter gegenübertreten zu lassen. Das war Renaissance so gut wie Reformation: Emanzipation des Individuums. Zugleich war es eine nationale Emanzipation: Kirchenmusik auf deutschen Text.

Aber es ist bei dem Versuche geblieben. Händels Oratorien können kaum mitgerechnet werden, weil sie nicht eigentlich Kirchenmusik sind, sondern Musikdramen auf einen biblischen Text: man ist bereits mit Erfolg dazu übergegangen, sie mit handelnden Solisten und singenden bewegten Chören aufzuführen. Händel ist, im Gegensatz zu Bach, durchaus weltlich gerichtet gewesen, ein Musikantenbube wie Hollein: die Kirche, zumal die englische, konnte ihm nichts geben für seine Kunst. Noch viel bezeichnender ist Bachs Rückkehr zu den Formen der katholischen Kirchenmusik: zur Magnificat, zur Motette, ja zur Messe — sein gewaltigstes Werk ist und bleibt die Große Messe in H-Moll.

Nur Kulturgenießer werden diesen „Rückfall" bedauern. Vielleicht hat der Meister selber empfunden, wie unzulänglich die äußerlichen Leipziger Pflichtleistungen der Kantoren seinen Ansprüchen waren, und hat schon deshalb auf die lateinischen Texte zurückgegriffen. Im 19. Jahrhundert, das in protestantischer Kirchenmusik wenig geleistet hat, erleben wir nur bei Brahms den Versuch, die Tonsprache zu verdeutschen — er hat sein „Deutsches Requiem" aus Bibeltexten in der Lutherübersetzung geschrieben, ähnlich wie Händel sich an die Bibel gehalten hatte, freilich an die englische Uebersetzung. Einzelne Stücke wie die Psalmen sind deutsch komponiert worden — man denke an Mendelssohn und Reger — Peter Fronz einer legte seinen „Seligsprüchungen" den französischen Sprachtext unter. Trotzdem — die neuste musikalische Entwicklung vollzieht sich auf der Linie, die unsre Meister vorgezeichnet haben, Bach, indem er von den deutschen Motetten zur H-Moll, Beethoven, indem er vom „Christus am Oelberg" zur „Missa solemnis" zurückkehrte. Gerade bei Beethoven äußerlich diese Wendung besonders. Wenn einer unter den deutschen Romantikern ein Bekenner des Jahrhundertes war, so war es gewiß Beethoven. Er wußte, wie ebenso Händel, vom Kirchenmusikmachen nichts wissen, sondern hatte sich seine eigne Kirche in seinem Herzen. Und doch zog ihn die Macht der katholischen Tradition in ihren Bann.

Kann es uns da wundern, wenn zeitgenössische Komponisten auf die alten Kirchentexte zurückkommen? Ohnehin deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die individualistische Periode vorüber ist. Kunst ist wieder wie im Mittelalter Gemeinschaftssache geworden, und Religion hat nie aufgehört, es zu sein. Wenn speziell die Musik auf jene ältesten Formen zurückgreift, die harmonisch und rhythmisch weit weniger eingezwängt waren, als sie es seit den letzten zweihundert Jahren geworden sind, wenn anstatt der zwei kargen Gattungen Dur und Moll die bunte Vielheit der „Kirchentöne" wieder zu ihrem Rechte kommt, dann kann man sich auch nicht wundern, wenn älteste liturgische Texte wieder hervorgesucht und neu vertont werden. Das „Tedeum" gehört zu diesen allerältesten Gesängen. Wenn es auch nicht, wie ehedem angenommen, auf den heiligen Ambrosius zurückgeht, so ist es doch bereits im 5. Jahrhundert nachweisbar und sicher schon in der griechischen Kirche verwendet worden. Es ist jener ungeheuerliche Lobgesang, den die Kreuzfahrer angestimmt haben, als sie unter Gottfried von Bouillon Jerusalem erobert hatten. Wie alle Kirchenhymnen des Mittelalters ursprünglich einstimmig und unbegleitet, psalmodierend, vorgetragen, wurde er später mehrstimmig bearbeitet und hat einen unsrer jüngern Komponisten, Walter Braunfels, zur Bearbeitung mit großem Orchester, zwei Solostimmen und gemischtem Chor angeregt.

Am Totensonntag wird Otto Volkmann dieses Werk, das auf dem Kasseler Tonkünstlerfest im letzten Sommer seine Uraufführung erlebt hat, mit dem verstärkten Reklingschen Gesangverein und dem Städtischen Orchester in Magdeburg zur Erstaufführung bringen.

H.

Konzert.

Hans Weisig gab einen Schumann-Liszt-Abend in der Stadtmission. Als Beethoven- und Chopin-Spieler hat er sich schon genügend legitimiert, und Liszts größere Klavierwerke sind vor mehreren Jahren von ihm auch gespielt worden. Schumann war in dem Umfang noch nicht berücksichtigt worden. Was das Programm bot, war eine Stichprobe für den Romantiker Schumann, die G-Moll-Sonate, Frauenliebe, ein Capriccio nach Paganini und die Abegg-Variationen. Hans Weisig spielte in bescheiden schlichter Form, einer pianistischen Aufmachung nicht abgeneigt. Am meisten entwickelte er diese Eigenart in der Sonate. Von Liszt hat das Programm einige bekannte Paradestücke des Konzertgebers, wie die Legende vom heiligen Franziskus und die Wasserspiele der Villa d'Este. Weisig hat in diesen Sachen entschieden zugenommen. Seine Auffassung ist reifer und seine brillante Technik gestattet ihm auch eine persönliche Note. Man feierte ihn in sich steigernder Weise.

G.

Die Prinzen von Arkadien.

Die Wälder glühen in allen Farben des Wilden Jägers, und an hellen Tagen ist das Meer vom Seeland blau. Wie schön sind weiße Segel auf dem blauen Meer! Ich sah so ein weißes Schiff. Es war unbeschreiblich schön, denn die Uniform des Bootes ist durch keine geniale Technik zu stören. Seine Gestalt bot alles: Kraft, Geist und Schnelligkeit. Wie der Mensch vor der Gründung des ersten Vereins. Das Schiff lief Kopenhagen an, es hieß „Arcadian" und war, wie sich bald herausstellte, der Genius der Zeit selbst, der in allen Häfen der Welt seine Karte abgab.

An Bord dieses Schiffes befanden sich 70 000 Pfund Fleisch in Form von Ochsen, Hämmeln, Hühnern, Schinken, 30 000 Pfund Fische, Tausende von Eiern und Litern Sahne, an 400 Kellner und Matrosen und ähnliches ungenießbare Zeug, und schließlich 470 Menschen aus England. Diese Menschen waren mit dem Leben zwar ganz zufrieden gewesen, hatten aber offenbar gefunden, daß die Aussicht aus ihren Fenstern in England sich merkwürdig gleich bleibe, und waren endlich, im Bestreben, ihrem Dasein eine Wandeldekoration zu geben, auf den genialen Einfall gekommen, auf ein Schiff überzusiedeln, das ihnen Bewegung verschaffte, ohne daß sie sich zu bewegen brauchten. Sie hatten einander nicht gekannt, aus getrennten Winkeln des britischen Reiches trieb sie gemeinsame Herzensnot zur gleichen Form: Notgemeinschaft. So entstehen Religionen, so Aktiengesellschaften, so vaterländische Verbände. Ist der Drang nur dunkel, so ist der Mensch auch gut, und das Bewußtsein des rechten Weges stellt sich nachträglich ein, wenn man gemütlich zusammen ist, und sei es auch auf einem Schiffe. Diese hier waren Prinzen von Arkadien, sie lebten in Geld — wozu diese dreifache Bezeichnung? —, und mit dem Ruf: „Auch ich bin in Arkadien geboren" fand sich einer nach dem andern ein.

Urfeuer mußten aufglühen, Inseln versinken, Wälder zu schwarzen Flözen erlöschen, damit die Erde endlich in einen Zustand kam, den man anständigen Reisenden zumuten kann. Die Prinzen bleiben stehen, die Erde bewegt sich ihnen entgegen und bringt ihnen dar, was schön ist: Madeira und die Bermudas, Kuba und Honolulu, den Oeresund und die Gebirge hinter Kolombo. Man schaut über Bord, wenn man nicht gerade in die Hummerscheren schaut. Die Welt wird Zeit. Die Zeit ist lang, trotzdem das Leben kurz ist. Und aus Langweile verfällt man auf Golf und Versemachen und gar auf den Geschlechtsverkehr.

Ich bin diesen Leuten nicht böse: sie bezahlen ja, was sie verzehren. Und haben ihr Geld auch nicht gestohlen, sondern nur geerbt oder verdient. Aber die Weltordnung, in der sich solch ein gemütlich schleichendes Weltgericht vollzieht, in der ich den Ochsen füttere, den du verzehrst, in der ich die Welt brauche, die dir entgegenkommt — die will mir nicht gefallen. Freilich: meine Ansichten sind schlecht begründet, ich bin nur Gefühlsrebell. Das sind die schlimmsten, die bringen es zu nichts in der Politik und eignen sich nicht einmal für den Posten eines Geschäftsträgers in Arkadien. Als einige Prinzen betrunken an Bord gingen, gab es einen Auflauf. Und da ich an jenem Tage hinter den hundert Kronen hineilte, die mir mein ganzes Leben gefehlt hatten, so hinderte mich der Auflauf, die hundert Kronen zu erreichen. Sie entschwanden. Ich wurde böse und wünschte, daß der himmlische Vater nach Verübung von so viel grobem Unfug einen Eisberg in die Route von „Arcadian" leiten möge, damit es die Prinzen einmal kalt mache.

Friedrich Sieburg in der „Weltbühne".

stattfinden könne. Flugs machte Graefe eine „gesellige" Veranstaltung daraus, und als der führende Polizeioffizier darauf nicht hereinfiel, wandte sich Graefe an den deutschnationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Strelitz, der von sich aus die Genehmigung zur Fortsetzung der „geselligen Veranstaltung" gab. Wird Seeckt nun gegen Mecklenburg die Reichswehr schicken, den Ministerpräsidenten seines Amtes entheben? Das wäre möglich, wenn es sich um einen Sozialdemokraten handelte, der zugunsten der Kommunisten in der Weise des mecklenburgischen Ministerpräsidenten gegen die Anordnungen Seeckts eingegriffen hätte. Das sagen wir, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Seeckt in seiner Handlungsfreiheit gegen rechts sehr stark beengt wird. Siehe das Beispiel von Bayern. Darum wenden wir uns aufs schärfste gegen die Verbieterei, die erstens politisch wie wirtschaftlich nicht das geringste fruchtet und die sich zweitens — gewollt oder nicht gewollt — als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft auswirken wird. —

Das Ruhrabkommen unterzeichnet.

Am Freitag abend, kurz bevor Stresemann über Bord ging, traf in der Reichskanzlei die Meldung ein, daß das Abkommen zwischen den Ruhrindustriellen und der im Auftrage der französischen Regierung verhandelnden Ingenieurkommission nunmehr endgültig abgeschlossen ist. Die größten Schwierigkeiten, die der Wiederaufnahme der Arbeit entgegenstanden, sind also beseitigt. Die Unternehmer an der Ruhr können nun beweisen, wie ernst es ihnen darum ist, die Räder wieder rollen zu lassen.

Höchste Zeit ist es. Furchtbare Not herrscht im besetzten Gebiet und gefahrdrohende Stimmung unter der Arbeiterschaft. Die Teurungsunruhen in allen Städten sind Zeugen dafür und mahnen zur Eile. Ebenso dringend verlangt die trostlose Lage der deutschen Gesamtwirtschaft, daß das industrielle Herz Deutschlands wieder in Tätigkeit gebracht wird. Unter keinen Umständen darf jetzt zugelassen werden, daß etwa die Unternehmer im Ruhrgebiet im letzten Moment die Not der Arbeiter zur Beseitigung des Achtstundentags ausnutzen wollen. Das würde eine verhängnisvolle Verzögerung der Wiederaufnahme der Arbeit bedeuten. Die Arbeit muß sofort aufgenommen werden, und zwar unter den alten Bedingungen.

Den Stadtverwaltungen im Reichsgebiet ist die Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter längst über den Kopf gewachsen. Um sie zu lindern, wird fast Uebermenschliches geleistet. Asyle und Volksküchen sind mit öffentlichen und privaten Mitteln errichtet worden, aber es sind ihrer zu viele, die notdürftig gesättigt werden sollen. So mußte die Stadtverwaltung von Duisburg jetzt dazu übergehen, etwa 1000 Arbeitslose mit Familien ins unbesetzte Gebiet abzutransportieren. Die Arbeitslosen waren mit dieser Maßnahme einverstanden. Weitere Transporte sollen folgen. Die Stadt hofft die Zahl der Erwerbslosen, die jetzt etwa 40000 beträgt, durch Abschiebungen ins unbesetzte Gebiet so zu vermindern, daß nur noch die aus Duisburg selbst stammenden übrig bleiben.

Wenn die Ruhrunternehmer wollen, können solche Verzweiflungsmaßnahmen rückgängig gemacht werden. Denn was sollen die arbeitslosen Ruhrarbeiter im unbesetzten Gebiet beginnen, das selbst unter großer Arbeitslosigkeit leidet? Nur wenn die Zechen und Werke sofort ihre Tore öffnen und wenn man den vielen brachliegenden Arbeitskräften wieder Gelegenheit gibt, Werte zu schaffen, ist allen geholfen: den Ruhrarbeitern und denen im unbesetzten Gebiet sowie der deutschen Wirtschaft im allgemeinen. Und die Ruhrgewaltigen müssen, sollten sie irgendwie zögern, zu solchem Wollen gezwungen werden. Machtkitzel der Wirtschaftsgewaltigen — und weiter ist letzten Endes der Kampf gegen den Achtstundentag nichts — darf auch nicht eine Minute die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet hinauszögern.

Die Förderung von Kohle, der Betrieb der Hütten kann wieder beginnen, wenn auch, wie aus Mainz gemeldet wird, die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Regie wegen Nachprüfungen durch Berliner Stellen auf einige Tage unterbrochen wurden. Denn es wird und muß auch in der Eisenbahnfrage ein Abkommen getroffen werden. —

Eingeschlagene Fensterscheiben.

In unsrer letzten Nummer haben wir darauf hingewiesen, welchen Schaden der Reichswehr durch die rechtsradikalen Elemente erwächst, die sie als Verstärkung vorübergehend eingestellt hat. Es stellt sich nun heraus, daß von einigen dieser Leute auch außenpolitisch Schaden angestiftet wurde.

In Leipzig hielt sich ein belgischer Kontrolloffizier in Begleitung eines französischen Soldaten auf. Das Standortkommando verfügte ihre Festnahme, weil über Person und Tätigkeit Zweifel bestanden. Nach der Angabe des belgischen Offiziers erfolgte die Festnahme, die aus noch unbekannten Gründen zweimal vorgenommen wurde, in korrekter Form.

Nachts wurde der Offizier zum drittenmal verhaftet und diesmal in brutaler Weise. Der die Festnahme leitende Reichswehrunteroffizier soll erklärt haben, daß unter dem Ausnahmezustand alles erlaubt sei und das Auswärtige Amt und dessen Ausweise ihn nichts angingen. Auch ein telephonischer Anruf beim englischen Konsul bzw. beim Standortkommando wurde nicht gestattet. Unter wüsten Schmähreden (Lump, Kohlendieb usw.) wurde der Oberleutnant schließlich gewaltsam abgeführt und mit seinem Auto zur Trainkaserne gebracht. In der Kaserne hielt man ihn bis zum Morgen fest. Als das Standortkommando Meldung erhielt, wurde er sofort freigelassen.

Der Unteroffizier, der die dritte Verhaftung vornahm, gab an, Zeitfreiwilliger und Fabrikbesitzer zu sein. Er soll die ihn unterstützenden Soldaten erst im Hotel kennengelernt haben und auch die sollen nicht aktive Soldaten sein.

Die Reichswehrstellen sollten im Interesse der Reichswehr schleunigst für Aufklärung sorgen, zumal verlautet, daß die Entente von der Stadt Leipzig „Sanktionen" erheben will. Die Entlassungen der eingestellten Reichswehrverstärkungen und ihre eventuell notwendige Ersetzung durch zuverlässige Leute ist eine dringende Notwendigkeit. Innenpolitisch sind Fensterscheiben genug zerschlagen, außenpolitisch können wir uns diesen Luxus schon gar nicht gestatten. —

Dollar Amtliche Notiz vom Sonnabend **4,2 Billionen**

Der Fall Zeigner.

Ein Nachrichtenbureau, dessen Meldungen allerdings nur mit größter Vorsicht aufgenommen werden können, verbreitet eine Unterredung mit dem sächsischen Justizminister über den Fall Zeigner.

Ausgegangen sei die Affäre von einer vom 1. November datierten, am 2. November bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen und von Rechtsanwalt Melzer (Leipzig) erstatteten Anzeige gegen den in Leipzig-Mockau wohnhaften Fabrikschmied Friedrich Karl Möbius wegen Betrugs bzw. Beihilfe zur Bestechung. Möbius habe sich erwiesener- und eingestandenermaßen prahlerisch gerühmt, daß er mit Hilfe seiner ausgezeichneten Verbindungen bei sächsischen Regierungsstellen

Begnadigungen erwirken könne,

wenn er dafür entsprechend entlohnt werde. In der Anzeige sei der Name des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner nicht genannt gewesen, sondern es sei lediglich auf das Justizministerium hingewiesen worden. Erst im Laufe der Untersuchung sei man auf Zeigner gestoßen.

Justizminister Neu erklärte, es könne bisher in etwa vier Fällen von Bestechung die Rede sein, die sämtlich in das Jahr 1921 fallen. In einem Falle sei ein Sack Mehl, eine Gans und ein größerer Geldbetrag, in einem andern Fall ein Brillantkollier und ein Siegelring, in einem weitern Falle wieder Geld und im vierten Fall ein Pelz angenommen worden. Die volle Schuld könne natürlich erst die Untersuchung bzw. die Verhandlung ergeben.

Zeigner habe, nachdem die Sozialdemokratische Partei von seinen Verfehlungen bzw. von den Beschuldigungen erfahren habe, sich trotz wiederholter Aufforderung

der Partei nicht zur Aufklärung oder Verantwortung gestellt.

Die Angabe, daß er nach der Schweiz gereist gewesen sei, sei nicht richtig. Ein Besuch in seiner Wohnung sei ebenfalls erfolglos gewesen und habe als einziges Resultat den in der Wohnung hinterlegten Brief mit der Mandatsniederlegung gehabt. Die Partei habe erst nach dem 11. November von der Bestechungsaffäre Kenntnis erhalten, weil er, der Minister, auch der Partei gegenüber das Amtsgeheimnis habe beobachten müssen, bis er gelegentlich einer Reise nach Leipzig habe feststellen können, daß die Angelegenheit bereits in die Oeffentlichkeit gesickert war.

Möbius, über seine Beziehungen zu Zeigner befragt, habe erklärt, daß er den Ministerpräsidenten zuerst beim Militär habe kennengelernt. Er (Möbius) sei damals in eine Mehlschiebung verwickelt gewesen und Zeigner sei bei der Untersuchung als Soldat mit tätig gewesen. Später habe er

mit Zeigner selbst einige Mehlschiebungen erledigt.

Ueber die Ursachen zu den Handlungen Zeigners, wenn sich diese bestätigen sollten, sei man sich nicht recht klar. Eine Version besage, er habe sich in Geldnot befunden. Dem widerspreche die Möglichkeit, die Zeigner hatte, das Geld zu leihen. Auch für die Umzugs- usw. Kosten hätte der Staat die nötigen Mittel vorschußweise hergegeben. Eine andre Lesart behauptet, daß Möbius Zeigner gegenüber einen Druck ausgeübt habe, ihm zu Willen zu sein, um die von ihm verlangten Begnadigungen auszusprechen, weil er andernfalls seine (Zeigners) Beteiligung an der Mehlschiebung bekanntmachen würde.

Ueber die Folgen der Tat erklärte der Minister, daß, wenn sich auch nur ein ganz kleiner Teil der Anschuldigungen bewahrheiten würde,

Zeigner für die Beamtenlaufbahn erledigt sei.

Nach der ersten Vernehmung und der nunmehr erfolgten Verhaftung Zeigners werde er die Suspendierung Zeigners von seinem Posten als Landgerichtsdirektor verfügen.

Zum Schlusse versicherte der Justizminister, daß andre Beamte des Justizministeriums an den Handlungen Zeigners nicht beteiligt seien oder davon gewußt hätten.

In einer weitern Erklärung des Ministers wird darauf hingewiesen, daß als erwiesen noch nichts angesehen werden könne. Es handelt sich in allen Fällen um Behauptungen von Personen, deren Glaubwürdigkeit erst festgestellt werden muß. —

Ludendorff gegen Ehrhardt.

In der Nachtausgabe des „Tag" findet man an unauffälliger Stelle folgende Erklärung Ludendorffs:

Ich werde von meinen Freunden aus allen Teilen Deutschlands immer wieder gefragt, ob Kapitän Ehrhardt an Stelle Hitlers als Führer des völkischen Deutschlands in Frage komme. Kapitän Ehrhardt kommt als Führer von völkischen Deutschen für mich nicht in Betracht.

Ehrhardt, der von den reichsdeutschen Gerichten Gesuchte, hat sich gleich nach dem verunglückten Ludendorff-Hitler-Putsch dem Staatskommissar Kahr zur Verfügung gestellt, um den Riß zwischen den Völkischen und Blauweißen zu übertünchen. Man sagt ihm nach, daß er den Ehrgeiz habe, sich an die Spitze der völkischen Putschisten zu stellen.

Daß Ludendorff seinem Kumpan Ehrhardt ein Bein stellt, nimmt keinen wunder, der die Psyche der Völkischen kennt. Das Wort von der Einigkeit auf Leben und Tod für die nationale Sache führen sie stets im Mund, innerlich hassen sie sich und alle gegenseitig wie die Sünde, weil ihr Ehrgeiz keine fremden Götter neben sich duldet. —

Notizen.

Putschgerüchte in München. Die seit Dienstag in München in Umlauf befindlichen Gerüchte, daß für die Nacht vom 23. zum 24. November die jetzt in München konzentrierte Organisation Wiking bund unter Ehrhardt einen neuen Putsch vorbereitet habe, hat seinen Ausgangspunkt in Mitteilungen, die kürzlich der Führer der Bayrischen Volkspartei, Geheimrat Held, im Aeltestenrat des Landtags gemacht hat. Daß man aber in amtlichen Kreisen dem Gerücht eine Bedeutung beilegt, ergibt sich aus dem Hinweis der Münchner Polizeidirektion an die Rathausbehörde, am Freitag die großen Eingänge zu schließen und dem Verkehr nur die kleinen Seiteneingänge freizugeben. —

Machtprobe der Leipziger Metallindustriellen. Weil die Funktionäre der Leipziger Metallarbeiter ein Angebot der Unternehmer von 40 Pfennigen in der Spitze als zu niedrig ablehnten, haben die Industriellen Leipzigs am Donnerstag 15000 Metallarbeiter ausgesperrt. Die Aussperrung erfolgte, trotzdem den Unternehmern bekannt war, daß am selben Tage der Schlichtungsausschuß entscheiden sollte. Das ist inzwischen geschehen und ein Schiedsspruch von 0,50 Goldmark gefällt, dem von einer Funktionärsitzung der Metallarbeiter zugestimmt worden ist. Was wird die Militärgewalt, die so schneidig in den Berliner Buchdruckerstreik eingriff, gegen die industriellen Störer des Leipziger Wirtschaftsfriedens unternehmen? Wir fürchten: nichts. —

Der Mörder Rosa Luxemburgs entflohen. Wie eine Berliner Gerichtskorrespondenz erfährt, ist es dem unter dem Verdacht des Mordes an Rosa Luxemburg stehenden Leutnant a. D. Ernst Krull gelungen, ins Ausland zu entkommen. Diese Nachricht löst wohl Erregung aus, ohne aber weiter zu verwundern. So ist es ja in der Republik seit ihrem Bestehen gewesen. Hat man glücklich einmal einen nationalistischen Bösewicht erwischt, so fand dieser bald wieder seinen Weg in die Freiheit. Zum Ausgleich hielt man Sünder von der Linken desto fester. —

Eine boshafte Anekdote. Bekanntlich hat sich der spanische König nach dem Vorbild seines italienischen Kollegen, um auf seinem Thrönchen sitzenbleiben zu dürfen, zum willenlosen Werkzeug des Diktators General De Rivera gemacht. Riveras politische Tätigkeit besteht nun hauptsächlich darin, seine Gegner in die Verbannung zu schicken. Pariser Blätter erzählen dazu folgende Anekdote: Eines Tages überreichte der Diktator dem König eine Liste mit 140 Namen zu verbannender Staatsangestellter, vom Feldwächter angefangen bis zum Minister, zur Unterschrift. Alfons 13. las die Liste aufmerksam durch, fügte noch einen Namen hinzu und setzte seine Unterschrift darunter. De Rivera warf einen Blick auf das Blatt, dann sagte er erschrocken: „Eure Majestät scheinen mich mißverstanden zu haben. Ich habe nur um Ihre Unterschrift der Verbannungsliste ersucht." Alfons lächelte: „Auf der Liste stehen alle Personen, die mein Vertrauen besessen haben. Wenn sie die Verbannung verdient haben, so verdiene ich auch verbannt zu werden." Diese Anekdote ist recht boshaft erfunden. Denn dem wackern König liegt natürlich nichts ferner, als das Schicksal derer teilen zu wollen, die bisher sein Vertrauen besessen haben. Er schickt sie im Auftrag des Diktators in die Verbannung oder in den Kerker, um sich sein warmes Plätzchen zu erhalten. —

Die Verhandlungen um Staatsarbeiter-Goldlöhne abgebrochen. Die Verhandlungen über die Einführung von Goldlöhnen für Staatsarbeiter sind von der Regierung abgebrochen worden, weil die Arbeitervertreter das letzte Angebot der Regierung, 20 bis 29 Pfennig für die Stunde, als viel zu niedrig bezeichneten und ultimativ Gegenforderungen stellten. Nun soll das Reichskabinett eine Entscheidung über die Lohnreglung treffen. —

Die Abfindung der Wettiner abgelehnt. Der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtags lehnte am Freitag das Gesetz über die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshaus mit Stimmengleichheit ab. In einer der nächsten Plenarsitzungen wird erst die eigentliche Entscheidung fallen. —

Depeschen.

Erhöhung der Postgebühren.

Wb. Berlin, 24. November. Ab 26. November werden die seit dem 20. November geltenden Post- und Postscheckgebühren auf das Vierfache erhöht. Der einfache Fernbrief kostet somit ab 26. November 80 Milliarden, die Fernpostkarte 40 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm 16, die Einschreibung 80 Milliarden Mark. Für den Geldverkehr gilt ein neuer Tarif, der bei Barzahlungen mit Postanweisung für die niedrigste Betragsstufe bis 25 Billionen Mark eine Gebühr von 100 Milliarden, bei Einzahlung mit Zahlkarte von 50 Milliarden Mark vorsieht. —

Ueberfall auf Ludwigshafen.

Wb. Ludwigshafen, 24. November. Heute früh sind bewaffnete Separatisten, die auf Lastkraftwagen von Speyer über Mundenheim kamen, überraschend in die Stadt eingedrungen. Die Separatisten entwaffneten an mehreren Stellen die Schutzleute. Um 10 Uhr wurde die gesamte Polizei in der Hauptwache zusammengerufen und dort von den Franzosen entwaffnet. Die Separatisten haben inzwischen das Stadthaus Ludwigshafen Nord besetzt. Die Franzosen haben die Brückentore geschlossen, so daß zurzeit der Verkehr nach Mannheim unterbunden ist, und die in der Hand der Sonderbündler befindlichen Straßen abgesperrt.

Hinter dem Stoßtrupp, der in einer Stärke von etwa hundert Mann in die Stadt einfiel, marschierte eine Kompanie französischer Soldaten. Den Sonderbündlern schlossen sich etwa 1000 Erwerbslose allein aus Ludwigshafen an.

Die von den Franzosen entwaffnete Polizei versieht jetzt wieder, jedoch ohne Revolver, den Ordnungsdienst. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen. —

Sieg Poincarés.

* Paris, 24. November. In der gleichen Stunde, in der Stresemann gestürzt wurde, strich Poincaré in der Kammer einen glatten Sieg ein. Mit 500 gegen 60 Stimmen wurde ihm das Vertrauen des Parlaments votiert. Mit Bajonetten kann man in der Welt geraume Zeit schon etwas leisten, aber schließlich tritt auch darin ein Wandel ein, denn auf Bajonette kann man sich nicht setzen. Und ständig im Stehen regieren, das hält auch ein Poincaré nicht auf die Dauer aus. —

Puppen-Reparaturen
Wegen des starken Andrangs im Dezember werden Reparaturen schon jetzt angenommen
Hugo Nehab Johannisbergstr. 2.

Gegen Ausschlag Blut Stuhlverstopfung Hautausschläge Hämorrhoiden gebrauchen Sie **Segrega-Pillen**
HOF-APOTHEKE Breiteweg 156 am Ulrichsbogen

Kognak-, Rot- und Weißwein-Flaschen kauft zu 135 **10 Milliarden**
ADOBE Bismarckstraße 11.

Homöop. Kranken-Behandlung
E. Altmann, Große Münzstraße 4, 1 Tr. Gegen alle Krankheiten. 1645
Sprechzeit Wochentl. 3—6 Uhr. Sonntags 11—1 Uhr

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 24. November Witwe Maria Hanckwortt geb. Rusch, 68 J. Witwe Anna Devlanque geb. Thiele, 75 J. Stadtschlosser Erich Krüger, 24 J. Elise geb. Höft, Ehefrau des Kaufmanns Paul Schatom, 39 J. Elise geb. Möhring, Ehefrau des Lehrers i. R. Heinrich Zenk, 68 J. Kassenbote i. R. Wilhelm Knust, 80 J.

Die von uns ausgegebenen Gutscheine rufen wir hiermit zur
Einlösung bis zum 30. November 1923
auf. Die Gutscheine werden durch unsere Kasse, Schönebecker Straße Nr. 89a, werktags zwischen 9 und 12 Uhr vormittags eingelöst.
Für die Einlösung der bis zum 30. November 1923 nicht zurückgegebenen Gutscheine stellen wir eine Nachfrist bis längstens 8. Dezember 1923.
Magdeburg-Buckau, den 24. November 1923.
C. W. Neumann, Akt.-Ges.

Gehen Sie zum Fachmann
Für

Mauserpistolen Kal. 7,63 m. Anschlagkast.
Prismengläser, Jagdgewehre, Taschenpistolen
zahle ich nach wie vor die höchst. Preise
R. Weißenborn, Zitadelle. Tel. 5534

Amtliche Bekanntmachungen

Verhältniszahl für Steuerabzug für 25. November bis 1. Dezember = 700.000.
Finanzamt.

Die Tagesordnung zur 18. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag den 29. November 1923, nachmittags 4½ Uhr, hängt zur Einsicht in der Vorhalle des alten Rathauses aus. 272

Magdeburg, den 24. November 1923.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung. Otto Baer.

Die Gebührenordnung zur Begräbnisordnung wird vom 25. November 1923 an geändert. Die Tarife hängen in der Vorhalle des alten Rathauses aus. Sie können auch eingesehen werden in den Begräbnisbureaus und in den Geschäftsstellen der einzelnen Friedhöfe.

Von Montag den 26. d. M. an werden bis auf Widerruf der Berechnung des Verbrauchs von der letztvergangenen Ableitung rückwärts folgende Preise zugrunde gelegt:

Für 1 cbm Gas . . . . 24 Goldpfennige
„ 1 kWh elektr. Strom 35 „
„ 1 cbm Wasser . . . 17½ „

Die Umrechnung in Papiermark erfolgt in der üblichen Weise nach dem amtlichen Mittelkurs des Dollars (zu 4.20 Goldmark gerechnet) des Vortags der Zahlung. 272

Magdeburg, den 24. November 1923.
Der Magistrat.

Am Mittwoch den 28. November 1923, vormittags 9 Uhr, findet im Gasthaus Louisenthal bei Pechau eine

Holzversteigerung

gegen Barzahlung statt.
Es kommen zum Verkauf aus dem Forstrevier Kreuzhorst, Distrikt 15, 17a, 18a, 22 u. 23
a) Nutzholz
Eichen ca. 5 rm Nutzstöcken 1. Kl. (Böttcherholz)
b) Brennholz
Eichen ca. 91 rm Kloben 1924
Eichen ca. 56 rm Reiser 3. Klasse
Rüstern ca. 73 rm Kloben
Rüstern ca. 116 rm Reiser 3. Klasse
Obstbaum ca. 5 rm Kloben
Obstbaum ca. 8 rm Reiser 3. Klasse
Bedingungen im Termin.
Rentamt des Klosters Unser Lieben Frauen.

Die Höchstzahl für die bei unserer Anstalt zu zahlenden Beiträge beträgt bis auf weiteres

10 000.

Städte-Feuersozietät der Prov. Sachsen
Direktion für die Stadt Magdeburg
Breiteweg Nr. 110.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat für die höheren Lehranstalten das Schulgeld ab 16. November 1923 auf 4.20 Goldmark monatlich festgesetzt. Für die zweite Novemberhälfte sind demgemäß im Lyzeum 2.10 Goldmark Schulgeld zu zahlen.

In den städtischen Mittelschulen beträgt das Schulgeld für die zweite Novemberhälfte 60 Prozent von 2.10 Goldmark.

Erfolgt die Zahlung in Papiermark, wird nach dem Stande der Goldmark nach der amtlichen Berliner Notierung von dem dem 1. jedes Monats nächst vorhergehenden Werktage, für die zweite Hälfte des Monats November nach der Notierung vom 15. November berechnet.

Erfolgt die Zahlung in Papiermark nicht innerhalb der in Absatz 3 der Ziffer I 1 des Erlasses vom 12. September d. J. U. II. 1022 U. I. W. — U. II. K. — vorgesehenen Frist, so ist bei späterer Zahlung entscheidend die amtliche Berliner Notierung der Goldmark am Tage des Zahlungstages.

Burg, den 19. November 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Den Geschäften von Hahn, Markt 7, und Voigt, Scharnhorststraße 33, sind von uns Eier zum Verkauf zugewiesen. Die letzteren werden von heute an, so weit der Vorrat reicht, gegen Preise von 2.17 Goldmark verabfolgt.

Burg, den 23. November 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung
betr. Ausgabe wertbeständigen Notgeldes.

In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 13. d. M. teilen wir mit, daß wir außer den wertbeständigen Notgeldscheinen zu 0.42 und 1.15 Goldmark auch solche zu 2.10 Goldmark = ½ Dollar ausgeben. Diese neuen Notgeldscheine mit Ausstellungsdatum vom 15. d. M. haben, abgesehen von der veränderten Wertangabe, den gleichen Text wie die Notgeldscheine über 0.42 und 1.15 Goldmark. Der Untergrund der Vorderseite ist grün, der Kreisausschußstempel auf der Rückseite blau gehalten.

Außerdem haben wir eine zweite Serie der Scheine zu 0.42 Goldmark ausgegeben, bei denen der Kreisausschußstempel grün gehalten ist.

Burg, 24. November 1923. Der Magistrat.

Bekanntmachung
betreffend Zahlung der Gewerbesteuer für das vierte Quartal — 1. Oktober 1923.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß die Gewerbesteuer für das vierte Quartal 1923 am Sonnabend, den 1. November 1923 an die Stadtkasse abzuführen ist. Falls in der 16/24 Uhr Zeitung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922.

Burg, den 3. November 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nachtrag zur Ordnung betreffend die Erhebung einer Sondersteuer im Gemeindebezirk der Stadt Burg.

Gemäß den Beschlüssen der städtischen Körperschaften vom 11. und 18. Oktober 1923 wird folgender Nachtrag zur Sondersteuerordnung erlassen:

Zwischen den §§ 1 und 2 der Sondersteuerordnung vom 2. Juni 1922, 7. September 1922 wird folgende Bestimmung als § 1a eingeschoben:

Außer unserer Ausfuhrabgabe haben die vorstehenden Sachen an Stelle der in § 1 vorgesehenen Sondersteuer eine Zusatzsteuer (Zuschlagsteuer) zu zahlen.

Die Zahlen nachstehender Artikel gelten diejenigen Sachgebiete, welche ihren Zuhörer sowie ihre Zuhörer und die den ihnen gewährten Sachen in an den einer Zusatzsteuer unterliegenden Zahl- oder Stückzahl, deren Wertangaben sind. Die Zusatzsteuer beträgt so viel wie die Steuer nach § 1 für gleichartige Sachgegenstände.

Der Nachtrag ist vom Bezirksausschuß genehmigt unter dem 3. November 1923 — A. 3. Nr. 2112 — mit der Maßgabe genehmigt, daß er am 1. Oktober 1923 in Kraft tritt.

Burg, den 17. November 1923.
Der Magistrat.

Tagesordnung zur Stadtverordneten-Versammlung Montag, 26. November, 5 Uhr nachm.
a) Oeffentliche Sitzung: 1. Bericht über die letzte Kassenprüfung, 2. Wahl von Bezirksvorstehern, 3. Wohnungsbauabgabe, 4. Erhebung von Zuschlägen zur Grundvermögensteuer, 5. Verpachtung eines Platzes an das Gas- und Elektrizitätswerk, 6. Ausbau einer Wohnung im früheren Säuglingsheim, 7. Ausbau von Wohnungen in dem früheren Kantinengebäude der Zementfabrik, 8. Schließung der Kinderbewahranstalt und Einrichtung derselben als Wärmehalle. b) Nichtöffentliche Sitzung: 9. und 10. Persönliches. 281

Schönebeck, den 22. November 1923.
Der Stadtverordnetenvorsteher. Hellge.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Magdeburg folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. In allen Verkaufsstellen irgendwelcher Art, in welchem im Kleinhandel Gegenstände des täglichen Bedarfs verkauft werden, sind die zum Abwiegen der Waren dienenden Wagen oder Wiegeschalen vollkommen frei und übersichtlich für den Käufer aufzustellen und dürfen von andern Gegenständen weder ganz noch teilweise verdeckt werden.

§ 2. Die Wagen, Gewichte und sonstige Meßgeräte sind dauernd in einem sauberen Zustande zu halten.

§ 3. Die Wagen und Meßgeräte müssen wagerecht aufgestellt sein und vor den Augen der Käufer stets genau einspielen.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden, sofern nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu dem gesetzlichen Höchstbetrag, im Unvermögensfall mit entsprechender Haft bestraft.

§ 5. Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft. Gleichzeitig werden die bestehenden Kreis- und Ortspolizeiverordnungen außer Wirksamkeit gesetzt.

Magdeburg, den 8. Novbr. 1923.
Der Regierungspräsident.
Veröffentlicht:
Schönebeck, den 22. November 1923.
Die Polizeiverwaltung.

Verordnung.

Auf Grund der durch die Verfügung des Befehlshabers des Wehrkreises 4 vom 2. Oktober 1923 erteilten Ermächtigung wird hierdurch als Baumkreis erklärt: 1. Um das Rathaus und Stadthaus ein Kreis, der folgende Straßen und Plätze umfaßt: Markt, Breiteweg (vom Rathaus bis zur Kirche), Hermannstraße, Salzstor, Poststraße, Elbstraße (vom Markt bis zur Worth), Schmiedestraße (vom Markt bis zur Bodengasse) und Bodengasse. 2. Um die Unterkunft der Schutzpolizei ein Kreis, der folgende Straßen umfaßt: Müllerstraße (vom Streckenweg bis Elbbrücke), Brückenrampe bis zum Graben, Graben, Friedensplatz, Probster Straße (vom Friedensplatz bis Querstraße) und Streckenweg. In jedem dieser Baumkreise sind Ansammlungen von mehr als 12 Personen für die Dauer des militärischen Ausnahmezustandes streng verboten. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft. 281

Schönebeck, den 23. November 1923.
Die Polizeiverwaltung. Dr. Grevenus.

Ich werde den unterm 22. d. M. für die Zeit vom 1. März 1924 bis dahin 1932 abgeschlossenen Vertrag über die Verpachtung der Jagd auf den Bezirken 1 und 2 der Gemeindefeldmark Schönebeck im Stadtsekretariat des Rathauses zu Schönebeck 2 Wochen lang, vom 26. d. M. bis 8. n. M., öffentlich auslegen.

Jeder Jagdgenosse kann gegen den Pachtvertrag hinsichtlich der Person des Pächters und hinsichtlich der Höhe des Pachtzinses während der vorerwähnten Auslegungsfrist beim Kreisausschuß in Calbe a. d. S. Einspruch erheben; die Pachtbedingungen sind mangels Einspruchs rechtskräftig geworden.

Schönebeck, den 22. November 1923.
Der Jagdvorsteher. Dr. Grevenus.

Ausschneiden! Erscheint nur einmal!

5 gr. Aufklärungs-Vorträge

mit vielen hochinteressanten bunten Lichtbildern, nur für Frauen und Mädchen über 16 Jahre, gehalten von Frau Direktor Malzmüller aus Köln a. Rh. aus
Montag, 26. November, „Zur Freundschaft", Prälatenstraße
Dienstag, 27. November, „Jeßieger"
Mittwoch, 28. November, „Bremers Konzerthaus", Leipziger Straße
Donnerstag, 29. Novbr., „Zur Freundschaft, Prälatenstraße
Freitag 30. November, „Wintergarten" Neustadt, Friedrichsplatz
Thema:
Warum sind so viele Frauen unterleibskrank?
Dadurch entstehen Unterleibsleiden? (Entzündungen, Fluß, Senkungen, Verwachsungen, Geschwüre, fehlende oder zu starke, schmerzhafte Blutungen, und wie kann man bei vorhandenen Krankheiten möglichst ohne Operation heilen? Welche Ursachen haben Kreuz-, Seit-, Seiten- und Rückenschmerzen?
Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten
Die Krankheiten der Geschlechtsorgane, Blutungen, Geschwüre, Krebs, Gebärmutterleiden. Welche Folgen haben Geschlechtsleiden für die Frau und wie sind diese heilbar?
Warum leiden so viele Frauen am Weißfluß?
Da Aufklärung notwendig, rechtzeitiges Erscheinen erbeten.
Karten zu 0.75 Goldmark evtl. Sonnt. an der Abendkasse.
Vorverkauf im Zigarrengeschäft Jacobs, Leipzigerstraße, und im jeweiligen Saal.
Anfang 8 Uhr Kassenöffnung 7 Uhr
Ende gegen 10 Uhr. 225

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Injektionen, ohne Kurpfuscher, unblutige, Injektionen u. vom Zahnarzt, Unfruchtbarkeit, über 7) Nervenleiden, Krebs, 9) Syphilis, 10) Hautkrankheiten, 11) Verfall kostenlos in vertraulicher Beratung ohne Aufenthalt, gegen Einsendung des doppelten Briefporto für Porto etc. Leiden genau angeben!
Dr. med. H. Seeman, E. m. b. H., Berlin N, Lessingstraße 24.

Lederausschnitt
Filzaufnähsohlen, Gummiabsätze, Senkel, Schuhputzmittel und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel billigst. 1812
Carl Julius Braun,
M.-Buckau, Schönebecker Str. 48

Zum Hausschlachten empfehle:
Sämtl. Sorten Ia. Därme und Ia. Schweinelebern
Max Heynemann,
Darmgroßhandlung 1816
Magdeburg, Heydeckstraße Nr. 8.

Verkaufen Sie Ihre
Pistole nur wertbeständig und bei
Scheel, Berliner Straße 1a, Telephon 7623. **Hofpart.**

Verkaufen Sie nicht ohne mein Gebot!!
Luxussteuerfreier Ankauf von
Brillanten
zu höchsten Weltmarktpreisen.
Bruch und Gegenstände aus
Gold Silber Platin Dublee
Ankaufs-Kontor für Edelmetalle
Lauier, Peterstraße 2
Fernruf 4456. 1921

Gemeinnützige Gold-Ankaufsstelle des Wohlfahrtsamts Magdeburg
Neuer Weg 1/2
1897
Ankauf von
Gold, Silber, Platin
Bruch u. Gegenständen
Kostenlose Wertung in getrennten Räumen
Geöffnet von 9 bis 5 Uhr.
Legitimation erforderlich.

Empfehlen noch preiswerte
Möbel
Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer, Küchen, Schreibtische, Einzelmöbel
Herren-Damen-**Garderobe**
auf Wunsch auch Teilzahlung, auch tausche gegen Naturalien.
Biener & Chusid
Himmelreichstraße 23, I.
Lieferung auch nach auswärts

Starke Sohlen
erhalten Sie in der
Wiener Schuhbesohlanstalt bei Max Zabel
Lödischeckstraße 11.
Gebe Garantie für Haltbarkeit d. Sohlen. Sohlen u. Absätze auf Wunsch in 1 Std. b. billigst. Preisen

Händler!
— Lumpen —
Alt-Eisen :: Metalle
kauft zu den
höchsten Tagespreisen
Karl Mankeit
Braunschweiger Straße 87.
— Telephon 9196. —

Ausschneiden!
Müllers Fahrradreifen-Klinik
repariert jed., selbst den schlechtesten, zerrissenen, durchlöcherten Fahrradmantel garant. haltbar.
Millionen sparen Sie
kein Laden, nur Werkst.
Kutscherstr. 9,
Ecke Gr. Schulstraße.

Bettstelle m. Matr. gegen gute
Ziege tauscht
Ebeling
Schrotestraße 26.

Ankauf
Felle
gegerbt und roh
kauft laufend
Kürschnerei Jordan,
Otzenstedter Str. Nr. 64
Rathaus-Kolonnaden 7.

Hasen-Felle!
hohe Preise!
Resten
Weinberg 15.
2559 Tel. 9241
Kanin-

Pferde-Haare!
kauft
Kesten
Weinberg 15
Jakobstr. 20, II
Telephon 2559
9241.

Wolle
Strumpfabfälle
kauft und tauscht gegen prima Strickgarn. Kein Warten, sof. mitnehmb.
Woll-Umtauschzentrale
Schildergasse 2/3
(Nähe Weg n. Café Peters)
Fernruf 3261 11874
Einzel- u. Engros-Verk.

Ankauf von Rohfellen aller Art
Hasen, Kanin, roh Katzen, Marder, Iltis, Füchse
kauft laufend zu allerhöchsten Preisen
Schmiedt, Kürschnerei
Papstallee 20
Eingang Hof links.
— Telephon 5304.

Für Haare
1 Stück prima Seife im gleichen Gewicht.
Albert Schwieger
Jakobstraße Nr. 48
Rathaus-Kolonnaden
Kaiserstraße Nr. 50
Eng. Blumenthalstr.

Pistolen, Gewehre kauft
Wolfenbüttel, Lessing Str. 13.

Alt Eisen Alt-Metalle Lumpen usw.
kaufen in großen und kleinen Posten zu den höchsten Tagespreisen
Mansfeld, Schutz & Co.
G. m. b. H.
Freie Straße 20
Fernsprecher 837.

Tiermarkt!
Höchste Preise wertbeständig zahlt für Kaninchen und -weibchen
H. Tallig, Eisenmarktstraße 5, 5, 1

Prima Ferkel
Gefl. preiswerte Angebote an d. Tan G. der W. Lehrstädt, Erfurt, Gr. 12.
Telephon Gildeff 96.

Heute an alle Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend treffen ein starke Fettschweine, Ferkel, Pölke u. Läufer, Futterschweine. Verk. werden pr. in Magdeb. Stevendorf, Feldstr. 65.

Tyrone
die Heldin der Kalifornischen Berge.
In der Hauptrolle:
Mary Walcamp.
Einer jener „Amerikaner", in denen das heiße Blut des wilden Westens mit seiner ungezügelten Wildheit, seiner Leidenschaft und Unerschrockenheit pulst. In der Mitte der Handlung eine der berühmtesten Sensationsschauspielerinnen Amerikas. Szenen, wie die Flucht der Heldin über die Dächer der Spuk-Hazienda, der Ritt über die Hoteltreppen, eine Verfolgung über die waldbedeckten Kalifornischen Berge und andre mehr, weisen eine atemraubende Spannung auf, wie sie der deutsche Sensationsfilm bisher nicht aufzuweisen vermochte.
Käthe Haack
Kaiser-Titz
Kaiser-Hey!
in dem schmissigen deutschen Film
Der große Sensationsprozeß
Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Panorama-P.L.-Lichtspiele

CIRCUS GEBR. BLUMENFELD MAGDEBURG
Vorverkauf 10-1 und ab 4 Uhr im Circus.
Haferwährung: Für je 20 Pfd. Hafer gewähr. wir bis auf weiteres 2 numerierte Plätze.
Wer wertbeständig zahlt, erhält den allerbesten Platz.
Täglich 7.45 Uhr
Sonntag nur Abendvorstellung!
Krone u. Fessel von Siegfried v. Lutz
Spielleitung: Walter Grasenvitz.
Vorher:
4 Aurora radfahrende Akrobaten
Koko das Rätsel usw.
Reitunterricht, fachmänn. auf gutem Pferdematerial w. erteilt. Auskunft i. Circusbureau

Gold und Silber
kauft 1990
Otto Lips, Kleine Junkerstraße 10.

Alte Gebisse, Gold- u. Silber-
Bruch kaufe höchstzahlend 1932
Schmitt, Dreienbrezelstraße 13
Ecke Fettehennenstr., 1 Min. v. Alt. Markt.

Das Weihnachtsgeschenk für den Mann!
August Bebel
der Mann und sein Werk
von Franz Klühs.
In diesem Buche wird ein Stück sozialistischer Geschichte und ein Abriß des Deutschlands von 1860 bis 1913 gegeben.
Halbleinen Grundpreis 4.40 Mark.
— Geschmackvolle Ausstattung. —
Buchhandl. Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

H. Fix, kaufm. Privatschule u. ind. O. Schulze
Breiteweg 122. Tel. 5079.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt

Anständ., saub. Herr in mittleren Jahren findet gemütliches Heim. Offerten unt. B 160 an die Exped. d. Blatt. erb.

Verkauf

Seelen wertbeständig Geld verkaufe ich sehr billig u. gewähre hohen Rabatt. Herrenstoffe, Damen- u. Mantelstoffe, Bettwäsche, Bettdecke, Bettcouch, Normalw., Einsatz- u. Damenhemd., Jappen, Manchester, Steppdecken, Herrenwäsche usw. Sch. Wolf, Neuer Weg 9.

Metallbetten Stahlmatratzen, Kinderbetten, direkt an Private. Kat. 55 E. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl, Th.

Libelle und Arkadia.
Heute Sonntag ab 8 Uhr
mit einem dem Charakter des Tages entsprechenden Programm
Montag bis Freitag:
Die November-Attraktionen!

Royal-Künstlerspiele
94 Breiteweg 94
Dir.: G. Kämnitz.
Nur noch einige Tage das große
November-Programm
Anfang 8 Uhr
u. a.:
Erich Guttstadt, Asta Parny, Cambo-Duo, Käthe Kachl, Lerche-Duo.

Gärtner
durchaus zuverlässig, erfahren in seinem Fach, wird für Burg b. Magdeb. zum baldigen Eintritt gesucht. Die Stellung wird gut bezahlt. Nur Bewerber, die sich für eine dauernde Stellung interessieren, wollen sich melden. Nichtverheiratete wird bevorzugt. Offerten unter L. 1935 an die Expedition dieser Zeitung.

Zentral
7¼ Täglich 7¼
Die Braut d. Lucullus
Agron: Heinz Horst als Gast
Lucullus: Herbert Langhofer.

Bunte Bühne
Zentraltheater-Restaurant
Heute u. folg. Tage auch Totensonntag ab 7½ Uhr
Das grosse November-Programm!

HOZO
Kaffee Hohenzollern
Heute ein der Weihe des Tages entsprech. Musikprogramm.

Städtische Theater

Stadt-Theater
Sonntag, 25. November
Anrecht aufgehoben!
Gastspiel Max Grube
Faust
Tragödie von Wolfg. Goethe.
Anfang 5, Ende 10 Uhr.
Montag, 26. November
5 Abend
Der Schatzgräber
Oper von Fr. Schreker.
Anf. 7, Ende 10½ Uhr.

Wilhelm-Theater
Sonntag, 25. November
Offene Vorstellung!
Die Wandlung
Schausp. v. Ernst Toller.
Anf. 8, Ende 10½ Uhr.
Montag, 26. November
Vorstell. f. d. Volksbühne
Der Revisor
Lustspiel von Gogol.
Anf. 7½, Ende 10 Uhr.

Totensonntag!
Krystall-Palast
Haltestelle der Linie 9.
Montag Dienstag Mittwoch
Sylvero
Meisterabende
Anfang 8 Uhr
Ganz 1851
Magdeburg spricht davon
Vorverkauf: Welf & Ruthe u. Verkehrsverein.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. November 1923.

Der neue Posttarif.

Der unablässig fortschreitende Verfall der Mark zwingt die Postverwaltung, die seit dem 12. November geltenden und vom 20. November an verdoppelten Post- und Postscheckgebühren zum 26. November nochmals zu erhöhen, und zwar auf das Achtfache der Sätze vom 12. November, das ist also das Vierfache der jetzt geltenden Sätze. Die Erhöhung erstreckt sich auf sämtliche Hauptgebühren im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreibung, Vorzeigen von Aufträgen und Nachnahmen, Eilzustellung usw.). Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 26. November an 80 Milliarden, die Fernpostkarte 40 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm 16 Milliarden und die Einschreibung 80 Milliarden Mark. Für den Geldverkehr gilt folgender neuer Tarif:

Betragsstufe	für Bareinzahlungen mit Postanweisung Gebühr	für Bareinzahlungen mit Zahlkarte Gebühr
	bis 30 Billionen Mk.	100 Milliarden 50 Milliarden Mk.
über 25 „ 50	„ „ 200 „	100 „ „
„ 50 „ 100	„ „ 300 „	150 „ „
„ 100 „ 250	„ „ 500 „	250 „ „
„ 250 „ 500	„ „ 1000 „	500 „ „
„ 500 „ 750	„ „ 1500 „	750 „ „
„ 750 „ 1000	„ „ 2000 „	1000 „ „
für je weitere 250	„ „ 400 „	200 „ „
Höchstgebühr für Bareinzahlungen mit Zahlkarte		2000 „ „
für bargeldlos beglichene Zahlkarten		1000 „ „

Ausgeschlossen von der Erhöhung bleiben die Zeitungsgebühr, die Gebühr für Blindenschriftsendungen, die Versicherungsgebühr, die Gebühr für Auszahlungen im Postscheckverkehr, die Gebühren für Pakete nach dem Ausland und einige andre Nebengebühren. —

Das neue Verwaltungsgebäude der Reichsbahndirektion.

Vor etwa 3 Jahren tauchte in Magdeburg die Frage auf, weshalb wohl in den Glacisanlagen vor dem Ulrichstor, der „Wilhelma“ gegenüber, Abholzungen vorgenommen werden. Alle Welt wunderte sich darüber und allgemein wurde die „Verstümmlung“ der Anlagen bedauert. Dann wurde bekannt, daß die Eisenbahndirektion, als Eigentümerin der Wallanlagen an jener Stelle ein neues Verwaltungsgebäude errichten würde. Es währte nicht lange, dann begannen die Ausschachtungen, das „Loch in dem Glacis“ erweiterte sich, eine Planke umschloß den großen Bauplatz und trotz der schwierigsten Verhältnisse ist jetzt dieser Teil des vorgesehenen großen Verwaltungs- und Direktionsgebäudes so weit fertiggestellt, daß der Einzug der verschiedenen Verwaltungsstellen in nächster Zeit erfolgen kann.

Aehnlich wie bei der Stadtverwaltung lagen die Verhältnisse auch bei der Reichsbahn. Trotz aller Provisorien, die geschaffen werden mußten, reichte der Raum nie aus und immer neue Grundstücke mußten erworben und teilweise mit erheblichen Kosten ausgebaut werden. So mußte u. a. für die Direktionskasse in der Fürstenstraße, dem Hauptverwaltungsgebäude gegenüber, ein großes Privathaus erworben werden. Später trat am alten Brücktor das sogenannte „Rote Schloß“ hinzu. In neuerer Zeit wurde für die Verkehrskontrolle die ehemalige Schreibersche Augenklinik auf dem Fürstenwall hinzugenommen.

Durch die Verzettelung der Kräfte, die eine Erschwerung der inneren Verwaltung zur Folge hatte, sah sich die Direktion der Reichsbahn schließlich veranlaßt, den Plan eines großen Zentralgebäudes ins Auge zu fassen. Mit Rücksicht auf die jetzigen außerordentlichen Verhältnisse, Geldentwertung, die enorme Verteurung der Baustoffe u. a. m., konnte zunächst nur an die Fertigstellung eines Flügels des großen Zentralgebäudes gedacht werden.

Am Sonnabend mittag konnte dieser Teil, auf Einladung der Eisenbahndirektion von Vertretern der Presse und andern geladenen Personen besichtigt werden. Nach den dort gegebenen Erläuterungen soll der Bau für etwa 250 Beamte Platz bieten. Es sollen darin untergebracht werden die Verwaltungen der Verkehrskontrolle 2 und die der Kontrolle über die Einnahmen aus dem inländischen und ausländischen Güterverkehr. Weiter soll das Wohlfahrtsbureau dort Unterkunft finden.

Die Baukosten waren natürlich sehr erheblich. Trotz aller Einfachheit sind bisher 735 Billionen Papiermark aufgewandt worden. Mit 20 Mark Stundenlohn wurde begonnen und mit 707 Milliarden Mark Stundenlohn der Bau beendet. Ob und wann der Bau seine Fortsetzung findet, kann unter den heutigen Verhältnissen nicht gesagt werden. —

Zeit ist Geld!

Wie und wann Kreis-, Provinzial- und Staatswegewärter bezahlt werden, darüber werden viele Klagen geführt. Wenn manches Bauamt, manche Löhnungsstelle Briefe lesen würden, wie in bittersten Worten darüber Klage geführt wird, daß mit regelmäßiger Verspätung von Wochen die an sich nicht ausreichenden Löhne zur Auszahlung kommen, würde mancher Amtsvorsteher denn doch pünktlicher sein. Was soll man dazu sagen, wenn einem verheirateten Wärter am 13. Oktober 950 Millionen, am 24. Oktober 3 Milliarden, am 2. November 14 Milliarden, am 7. November 78 Milliarden und am 11. November 400 Milliarden, also 495 Milliarden und 950 Millionen gezahlt worden sind, wovon er aber schon am 9. November 235 Milliarden allein für Licht zahlen mußte? In demselben Kreise haben die Straßenwärter bis zum 16. November ihren Lohn für die 2. Novemberwoche überhaupt noch nicht erhalten.

Noch eine ganze Reihe solcher Beispiele könnte angeführt werden, aber schon dieser Fall zeigt, daß es notwendig erscheint, daß seitens des Arbeitgeberverbandes den Vertragskontrahenten ganz energisch gesagt werden muß, daß nicht Worte, sondern schnellstes Auszahlen der vereinbarten Löhne größeres wirtschaftliches Elend verhüten kann. So kann es nicht weitergehen, das sollte man doch überall einsehen.

Wenn heute noch keine Verwaltungen usw. genannt werden, dann deshalb, weil wir Verständnis dafür besitzen, daß das Wort „Kommt der Mohammed nicht zum Berg, muß der Berg zum Mohammed kommen“ in den ländlichen Gegenden vielleicht auch im Jahre 1923 zur Anwendung kommen könnte, aber nicht brauchte, wenn man schon so gut sein wollte, die allenthalben in der Weltgeschichte gebräuchlichen Telephone zu benutzen, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. —

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Metallarbeiter-Betriebsvertrauensmänner der V. S. P. D.

Am Dienstag den 27 November, abends 7½ Uhr, finden Sitzungen in folgenden Stadtteilen statt:

Magdeburg-Altstadt bei Holz, Tischlerkrugstraße,
Lemsdorf an bekannter Stelle,
Sudenburg im „Goldenen Löwen“,
Wilhelmstadt bei Schwalbe, Wilhelm-Kobelt-Str. 1,
Neue Neustadt im „Wintergarten“,
Fermersleben bei Kunze.

Mitgliedsbuch der Partei und Funktionärkarte mitbringen.

Eine unmögliche Vorschrift.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 hat die Reichsregierung am 30. Oktober eine Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen erlassen. Sie enthält wirksame Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Aerzten und Krankenkassen, die aber in wichtigen Fragen, zum Beispiel der wertbeständigen Zahlung der Beiträge, Beschränkung der Aerztezahl, Auswahl der Aerzte, den Forderungen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen nicht entsprechen. Dieser hat schleunige Abänderungsanträge bei der Regierung eingebracht.

In seiner Eingabe verweist der Hauptverband auch darauf, daß die im § 25 der Verordnung vorgesehene Bestimmung

„Von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel haben die Versicherten in allen Fällen 10 v. H. selbst zu tragen“

auf den lebhaftesten Widerstand der Versicherten stoßen wird.

Der Kassenvorstand hat danach weiter das Recht, den Kostenanteil der Mitglieder für Medizin usw. auf 20 v. H. zu erhöhen. Auf Verlangen der Mehrheit der Versichertenvertreter im Ausschuß muß aber der Vorstand diesen Beschluß wieder aufheben. Der Kassenvorstand bestimmt die Art, wie die Mitglieder mit ihrem Kostenanteil heranzuziehen sind und setzt die erforderlichen Ausnahmen für dringende Fälle und besonders schwere Erkrankungen fest. Mit dieser Bestimmung vom grünen Tische, die gut gemeint ist, wird den Kassen nicht geholfen, aber ein unheimliches Mehr an Verwaltungsarbeit und recht viel Aerger mit den Kassenmitgliedern verursacht. Der gewollte Zweck, daß mit Zahlung des Kostenanteils weniger Medizin, Heil- und Stärkungsmittel, Bäder und so weiter verschrieben, gebraucht und benutzt werden, wird noch nicht erreicht. Denn eigentlich liegt durch die Verordnung, das Erkennen der Notwendigkeit in der Hand des Arztes, der gewissenhaft zu prüfen hat. Der Arzt dürfte nur verschreiben, was dringend notwendig ist, und das hat die Kasse auch zu leisten im Interesse des Kranken.

Die Vorschrift des § 25, daß die erkrankten Versicherten ein Zehntel bis ein Fünftel der Kosten für Medizin zu tragen haben, ist eine große Härte für unsre armen Erkrankten. Sie erhalten kaum ein Drittel bis die Hälfte ihres Einkommens als Krankengeld und sollen davon noch die Kosten für Medizin, Verbandzeug und so weiter tragen. Wo bleibt die Familie des Erkrankten? Eine Einschränkung des Verbrauchs an Medizin, Hilfs- und Heilmitteln, die nur zu Goldmarkpreisen zu beziehen sind, ist dringend notwendig, da jetzt der von den Kassen aufzuwendende Betrag schon den Betrag für Arzthonorar um das Drei- bis Vierfache übersteigt. Auf alle Fälle werden die Kassen schon wegen ihrer Mitglieder die neue Vorschrift des § 25 der Verordnung nicht durchführen können. Entweder zahlen die Erkrankten die Medizin erst voll (und das können fast alle wegen Mangels an Mitteln nicht), dann kommen in größern Kassen jeden Tag Tausende zu den Schaltern, um sich die neun Zehntel Anteil zurückzahlen zu lassen. Oder die Mitglieder zahlen in den Apotheken nur ein Zehntel für die Rezepte, dann haben die Apotheker die Streitigkeiten mit den Mitgliedern, wofür sie sich bedanken werden. Viele Erkrankte haben aber auch nicht den Betrag für ein Zehntel der Medizinkosten.

So geht es also nicht. Diese Härte gegen die Versicherten werden viele Vorstände nicht mitmachen wollen und können. Da unsre Mitglieder schon bis 10 Prozent Beitrag — mit der Erwerbslosenfürsorge also 12 Prozent — ihres Einkommens (7½ der Versicherte, 4½ der Arbeitgeber) zahlen, so glauben sie ein Anrecht zu haben, in wirklichen Bedarfsfällen wenigstens Arzt und Arznei zu erhalten. Oder man muß den Beitrag entsprechend ermäßigen.

Die Regierung wird wohl oder übel ihre Verordnung hier ändern müssen, § 25 verschwindet, denn die Kassen werden ihn auf die Dauer nicht befolgen können.

Die Aerzte laufen gegen die Verordnung vom 30. Oktober Sturm. Sie fühlen sich durch die Bestimmungen, die das Fortbestehen der Kassen mit Hilfe der Aerzte ermöglichen sollen, geschädigt. In verschiedenen Orten sind, anscheinend auf Weisung ihres Verbandes, die bestehenden Arztverträge schon zum 30. November gekündigt worden.

K. Panitz.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Die überfüllte Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen protestierte energisch gegen den bei den Versorgungsbehörden beabsichtigten Personalabbau, der sich zum Schaden der Kriegsopfer auswirken muß, denn die schon jetzt infolge Personalmangels entstandenen Verzögerungen in der Bearbeitung der Angelegenheiten der Kriegsopfer und in der Rentenauszahlung würden sich bei Durchführung eines weitern Abbaues des Personals bei den Versorgungsbehörden noch erheblich vergrößern und eine unverantwortliche Schädigung der Kriegsopferinteressen zur Folge haben. Vom Reichsarbeitsministerium muß deshalb die sofortige Zurücknahme der Kündigungen verlangt werden. Ein Skandal ist die Art des Personalabbaues auf dem Hauptversorgungsamt Magdeburg. Diese Behörde, die doch für die Kriegsopfer sorgen soll, hat es fertiggebracht, 15 Schwerkriegsbeschädigten zu kündigen und will sie auf das Straßenpflaster setzen. An dieser Maßnahme ist so recht erkenntlich, welch geringes soziales Verständnis bei den maßgebenden Persönlichkeiten im Hauptversorgungsamt vorhanden ist. Die Kriegsopfer können zu solcher Leitung des Amtes kein Vertrauen haben.

Dieser Ansicht gab der Gauleiter Röber in seinem Referat an Beispielen über die Unzulänglichkeiten und bureaukratischen Maßnahmen des Hauptversorgungsamts deutlich Ausdruck. Um Verwaltungskosten zu sparen, sollte der Personalabbau an der richtigen Stelle erfolgen. Wozu sind die vielen höhern Beamten bei den Versorgungsbehörden da? Eine ganze Anzahl von ihnen ist durchaus entbehrlich im Interesse der Kriegsopfer und der Steuerzahler. Fünf Aerzte sind z. B. beim Versorgungsamt Magdeburg tätig, um täglich zwei bis vier Untersuchungen vorzunehmen. Die Versorgungsbehörden für Kriegsopfer sind zu Versorgungsanstalten für reaktionäre Offiziere und Regierungsräte geworden. Statt diese überflüssigen Beamten zu entfernen, will man jetzt vor allem republikanische Angestellte entlassen. Man will auch die Schutzbestimmungen für Kriegsopfer wie überhaupt alle Arbeiterrechte beseitigen. Die Kriegsopfer müssen angesichts der ihnen drohenden Gefahren fest zusammenstehen und ihre Organisation, den Reichsbund, schlagkräftig erhalten.

In der Versammlung wurde ferner über die beabsichtigte Zentralisierung der sozialen Fürsorge gesprochen. Die Sozialrentner, Invaliden und Unfallbeschädigten wenden sich mit Recht gegen eine Zusammenlegung ihres Fürsorgegebiets mit der Armenfürsorge und werden vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten dabei unterstützt werden. Der Reichsbund verlangt ferner die Loslösung der Kriegerhinterbliebenenfürsorge vom Wohlfahrtsamt, das sich unter der Leitung des Direktors Busch als vollständig ungeeignet für diesen Fürsorgezweig erwiesen hat. Die Generalversammlung beschloß deshalb, sofort Schritte zu unternehmen, um die Zusammenlegung der Kriegsbeschädigten- und Hin-

Das Geheimnis des Alten.

Roman von Stein-Riverton.

(26. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Einmal an Ort und Stelle, fiel es mir nicht schwer, diejenigen ausfindig zu machen, die Ihren Vater mit Drohungen und Erpressungen peinigten; es konnten ja nur die zwei Fremden sein, die auf so geheimnisvolle Weise in der Gegend aufgetaucht waren und die Jagdhütte bei dem alten Major gemietet hatten. Ein wenig erstaunt war ich allerdings, als ich feststellen mußte, daß es sich um zwei Personen handelte, denn gewöhnlich pflegen Verbrecher auf derartige Raubzüge allein auszuziehen. Zu dem Zeitpunkt, von dem ich gerade rede, war Ihr Vater nahe daran, die Flinte ins Korn zu werfen; er wäre bereit gewesen, sein ganzes Barvermögen, zweihunderttausend Kronen, den Erpressern zu opfern, um nur die Schande von sich und seiner Familie abzuwenden, denn der Akrobat war so weit gegangen, daß er Ihrem Vater drohte, er werde bekunden, dieser sei an der Mordtat beteiligt gewesen. Und gestern nacht glaubte Ihr Vater, den Toten gesehen zu haben, was er als eine Warnung deutete; das war der Trumpf, den der Affenmensch sich bis zuletzt aufgespart hatte. Nun aber“, fuhr Krag fort, indem er wiederum auf seine Uhr blickte, „ist die Zeit bereits verstrichen, und nun sitzen wir hier und warten auf den Toten.“

„Auf den Toten?“ rief Frithjof.

„Auf den Toten?“ rief ich. Wir sperrten, glaube ich, Mund und Augen auf.

„Ja, auf den Toten!“ antwortete Krag. „Denn der Plan des Affenmenschen war in der Tat vorzüglich ausgeklügelt: er hatte sich unter vielerlei Vorwänden mit dem Toten verbunden, um Ihren Vater bis zum letzten Blutstropfen auszusaugen.“

„Mit einem Toten?“ fragten wir wiederum verständnislos.

„Gewiß,“ antwortete Krag, „denn das ist ja gerade das merkwürdigste an der Sache, daß dieser Tote, dieser Mann, den Ihr Vater tot glaubte, in Wirklichkeit lebt! Er war schwer verwundet, später aber von Freunden aufgefunden worden und nach längerem Krankenlager genesen. Und das hatte der Akrobat auf irgendeine Weise in Erfahrung gebracht. Ihr Vater wußte das natürlich nicht.“

„Aber dann ist er ja auch gar nicht mitschuldig an einem Morde!“ rief Frithjof.

„Gewiß nicht!“ antwortete Krag. „Er hat es aber die ganze Zeit über geglaubt, und dieser unglückselige Glaube hätte ihm um ein Haar die Pistole in die Hand gedrückt. Der Akrobat war nämlich, um das Maß seiner Verzweiflung voll zu machen, auf den teuflischen Plan verfallen, ihn den Mann sehen zu lassen, den er tot wähnte, und das tat er auch; sie werden sich wohl denen erinnern, meine Herren: es war, als er mit dem Schreckensruf zusammenbrach: „Wahrhaftiger Gott, es ist Hawkes!“

Wir sind nun so weit gelangt, daß wir jeden Augenblick hoffen können, des Schlußeffektes Ende zu erleben . . . Aber ich will nun fortfahren. Also, sehen Sie, meine Herren, als ich im Hause des Majors vor dem Notar ankam, da wußte ich, daß ich ein großes Unglück verhütet hatte, denn Ihr Vater, Herr Bugge, hatte den Entschluß gefaßt, sich das Leben zu nehmen, und der Bescheid, den der Notar an den Major, mit der Bitte um Uebermittlung an den Fremden, überbrachte, besagte, daß er sich nie und nimmer dessen Forderungen beugen werde, jener andre möge tun, was er wolle.

Und dann stieß ich auf Hawkes, der völlig überzeugt war, daß Ihr Vater nachgeben werde und nur noch auf die zustimmende Antwort wartete. Die Antwort konnte ich ihm allerdings nicht erteilen, dafür jedoch etwas andres, auch eine Antwort nämlich, daß gegen seinen Begleiter, den Artisten Patterson, ein Haftbefehl der amerikanischen Gesandtschaft ausgestellt sei, damit er Gelegenheit erhalte, sich wegen eines im Jahre 1897 begangenen Verbrechens zu verantworten. Ich will Ihnen keineswegs verhehlen, daß Hawkes zu Anfang versuchte, den Ueberlegenen zu spielen, aber das dauerte nicht sonderlich lang, ja es zeigte sich in der Folge, daß nicht einmal er ganz in die Pläne des Schurken eingeweiht war. Als ich ihn vor die Wahl stellte, entweder seinem Begleiter ins Gefängnis zu folgen, oder aber wenigstens den Versuch zu machen, wieder zu einem anständigen Menschen zu werden, so bedachte er sich nicht lange, sondern wählte das letztere. Ich folgte ihm dann bis zur Hütte und wartete in einem gewissen Abstand, bis daß ich deutlich sah, daß er allein aus der Tür trat; dann ging ich langsam voraus . . .“

Draußen im Vorzimmer gab es plötzlich einen merkwürdigen wüsten Lärm. Es schien, daß irgendein gänzlich unerwarteter Besuch eingetroffen war. In das Zimmer trat ein hochgewachsener, rotbärtiger Mann. Es war Hawkes. Wir erkannten ihn auf der Stelle.

„Sie kommen allein?“ fragte Krag.

„Ja, ich komme allein, und ich komme obendrein spät. Ich bin unterwegs ein wenig aufgehalten worden. . . .“

„Im Wald etwa —?“

Hawkes nickte.

„Von wem?“ fragte Krag ernst.

„Von meinem ehemaligen Freund. Er wollte die Sache nicht fahren lassen, und wir schieden deshalb als erbitterte Feinde. Und dann muß er mir eben nachgefolgt sein, denn plötzlich sah ich seine Augen über mir in den Bäumen. . . . Und da hatte ich keine Wahl mehr. Denn ich kenne ihn zur Genüge.“

„Da schossen Sie also auf ihn?“

„Ja, da schoß ich. Er liegt irgendwo drüben im Wald. Aber ich glaube nicht, daß er tot ist; ich denke, er wird nur verwundet sein. Jedenfalls aber habe ich ihn unschädlich gemacht. . . .“

Krag machte eine leise Handbewegung in der Richtung auf Frithjof zu. „Sehen Sie,“ sagte er, „ich dachte es mir doch! So werden Sie Ihre Knechte heute nacht also doch noch gebrauchen können.“

Und zu Hawkes gewandt: „Ich habe mit dem alten Herrn Bugge gesprochen, und er ist bereit, Sie zu empfangen. Sie haben beide viel Unrecht einander gegenüber gutzumachen. Gewiß, er hat sich gegen Sie versündigt, aber, sehen Sie — das ist die Gerechtigkeit — dafür haben Sie ihn, ohne es bis vor kurzem selbst zu wissen, durch die Hand eines andern, bis zum Rande des Selbstmordes getrieben.“

„Ich entsinne mich einer Nacht vor vielen Jahren,“ sagte Hawkes sinnend, „damals lag ich todwund vor meiner Hütte . . . Well, sagen Sie, ist es die Tür da?“ Er zeigte auf die Tür, die in die Zimmer des Alten führte, und trat mit festem Schritt ein. . . .

„Und so hätten wir also, meine Herren,“ sagte Krag, „eine ziemlich böse Sache zu einem glücklichen Abschluß gebracht!“ Er rieb sich vergnügt die Hände. „Drei Menschen sind am Rande des Abgrundes entlang gegangen. Und drunten lauerte der Tod. Aber — sehen Sie, man soll nie verzweifeln — wir haben dennoch wieder den rechten Weg gefunden!“

„Nur noch zwei Fragen!“ bat ich, indem ich auf Krag zutrat. „Sagten Sie nicht vorhin, das Vermögen sei verloren?“

Er lächelte. „Das sagte ich nicht,“ antwortete er, „wiewohl es richtig ist, daß der alte Herr Bugge zur Stunde nichts mehr besitzt. Fragen Sie nur den Notar: Er hat sein gesamtes Vermögen auf seinen Sohn übertragen, denn, wie gesagt, er trug sich ja mit der Absicht, seinem Leben ein Ende zu machen. Die schöne, junge Tochter des Amtmanns macht in diesem Fall keine so schlechte Partie. — Das war also Ihre erste Frage. Nun rücken Sie endlich mit der zweiten heraus!“

„Die zweite Frage?“ sagte ich. „Die ist: Wie war es möglich, daß mein sonst durchaus verläßlicher Revolver vorhin im Walde dreimal nacheinander versagte?“

„Auch das will ich Ihnen erklären,“ antwortete Krag, „das kommt nämlich daher: Als der Kutscher Hans dem alten Bugge die Rosen hineinbrachte, da sprach er so nebenbei auch ein paar Worte mit ihm, bei welcher Gelegenheit der Alte ihm seinen Kummer voll anvertraute. In dem Augenblick war der Hans nämlich Ashjörn Krag. Aber dann ging er hinterher wieder als Hans auf Ihr Zimmer und entlud in aller Seelenruhe die Waffe, damit in einer friedlichen Gegend kein unnötiges Unheil angerichtet werde. Weiter nichts. Verstehen Sie mich jetzt? Na, und sehen Sie, war es nicht das beste so?“

Ende.

Hinterbliebenen-Fürsorge vom Magistrat zu erreichen, weil das im sachlichen Interesse der Fürsorgeberechtigten liegt, die Verwaltungskosten vermindert und der Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenversorgung vom 8. Februar 1919 entspricht.

In der Aussprache wurde Kritik an den Zuständen beim Wohlfahrtsamt und an der Auszahlung der Renten geübt und in einer Entschließung an die Oberpostdirektion verlangt, daß die Postanstalten für die Rentenzahlungen stets ausreichende Zahlungsmittel beschaffen und daß den Kriegsopfern die Gebührnisse schnell und reibungslos und in wertbeständigem Geld in der vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten Höhe ausgezahlt werden. —

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 19. November bis 24. November 1923 gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

	täglich Milliarden
1. für männliche Personen:	
a) über 21 Jahre	780
b) unter 21 Jahren	470
2. für weibliche Personen:	
a) über 21 Jahre	620
b) unter 21 Jahren	360
3. als Familienzuschläge für:	
a) den Ehegatten	200
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	150

— **Der Zeitungspreis.** Der jetzige Zeitungspreis wird von manchem Leser für zu hoch angesehen, es wird darauf aufmerksam gemacht, daß er die Friedenshöhe weit überschritten habe. Gegenüber dem Friedenspreis ist die Zeitung allerdings teurer geworden. Aber früher deckten die Inserate fast alle Herstellungskosten, die Leser haben zumeist mehr Papierwert bekommen als sie Abonnementspreis bezahlt haben. Diesen Luxus kann sich heute keine Zeitung mehr leisten, höchstens noch die Stinnes-Presse. Der Stinnes-Konzern hat in den letzten Jahren aus den deutschen Zeitungen so viel Geld herausgepreßt, daß er heute seine Blätter zu jedem Preise und in jedem Umfang herausgeben kann. Aber Zeitungen, die nicht im Auftrag der Schwerindustrie Politik zu machen haben, vor allem die Arbeiterblätter, sind gezwungen, erhöhte Preise zu stellen, denn sie produzieren heute unter den ungünstigsten Verhältnissen, müssen alles im voraus bezahlen, meist zum Goldpreis, und sind auf die nachträglich eingehenden, das heißt entwerteten Gelder angewiesen. Auch der durch das furchtbare Elend der heutigen Zeit bedingte Rückgang an Abonnentenzahl belastet jedes einzelne Exemplar einer Zeitung viel mehr mit den Generalunkosten, als wenn die doppelte oder dreifache Auflage gedruckt würde. Es steht außerdem fest, daß fast alle Rohstoffe und Materialien in Deutschland eine Ueberteurung durchgemacht haben und daß die Preise über das Goldniveau gestiegen sind. Dies tritt besonders in Erscheinung bei dem Zeitungsdruckpapier, das ganz wesentlich über den Goldpreis der Vorkriegszeit gestiegen ist. Die gesamten Einnahmen, die eine Zeitung aus Abonnements hat — Inserate kommen nicht mehr in Betracht —, reichen kaum aus, die notwendigen Ausgaben zu decken. —

— **Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer** hält am Mittwoch den 28. November, nachmittags 4 Uhr, in der Schule Stendaler Straße 10 (Lehrerzimmer) eine Sitzung ab. Wichtige Tagesordnung. —

— **Protestversammlung der Untermieter.** Am Dienstag den 27. November, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Luisenschule Breiter Weg 199/200, eine Protestversammlung gegen die geplante existenzvernichtende Geld-Untermiete statt. Der Magdeburger Untermieterverein ladet alle Interessenten zu dieser Versammlung ein. —

— **Das wertbeständige Notgeld der Reichsbahn.** Gegenüber den Mitteilungen in einzelnen Zeitungen über Schwierigkeiten bei der Ausgabe von wertbeständigem Notgeld (nach Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg) nochmals ausdrücklich festgestellt, daß das von der deutschen Reichsbahn mit Zustimmung des Reichsfinanzministers ausgegebene wertbeständige Geld durch Goldanleihe voll gedeckt ist. Es ist daher ein der Goldanleihe gleichwertiges Zahlungsmittel und wird an allen öffentlichen Kassen des Reiches angenommen. Die Geldscheine bestehen aus goldem Papier und tragen den Aufdruck: „Wertbeständiger Anleihschein zu den Schatzanweisungen des Deutschen Reiches" mit der Unterschrift des Reichswirtschaftsministers Oeser. Auch das auf Papiermark lautende (nicht wertbeständige) Notgeld der deutschen Reichsbahn wird nach wie vor an allen öffentlichen Kassen des Reiches zum Nennwert in Zahlung genommen. —

— **Auch im Ausland Erwerbslosigkeit.** In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo reichsdeutsche Arbeiter sich ins Ausland, insbesondere nach Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und in die Türkei begeben, um dort Arbeit zu suchen. In den allermeisten Fällen sind solche Reisen nicht nur ganz zwecklos, sondern bringen auch vielfache Unannehmlichkeiten für die Betreffenden mit sich, da die wirtschaftlichen Verhältnisse auch in diesen Ländern dermaßen trostlos beschaffen sind, daß die Zugewanderten ohne weiteres Arbeit erhalten könnten. Es muß daher vor solchen Auslandsreisen, die nicht auf Grund eines einwandfreien Arbeitsvertrages unternommen werden, dringend gewarnt werden, weil diese Arbeitsuchenden im Ausland nur dem größten Elend preisgegeben sind, zumal wenn sie, wie es oft vorkommt, nicht im Besitz ordnungsmäßiger Pässe sind. —

— **Eine seltsame Praxis.** Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die in einer Versorgungsangelegenheit Berufung, bei den Versorgungsgerichten eingelegt haben, ist nach der Reichsversorgungsgerichtsordnung von den Versorgungsgerichten eine Gebühr aufzuerlegen, wenn sie unterliegen. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers dem derjenigen Kläger, die ein Gericht anhängig machen, die Möglichkeit zurückzunehmen, eine Gebühr nicht auferlegt werden. —

— **Zirkus Blumenfeld** Gastspielende ist wegen Krankheit des Personals erkrankt. Das dazu [illegible] Vorstellungen sind, [illegible] bis einschließlich 27. November. —

— **Gültigkeit der Fahrkarten.** Auf Karte 5 des Sonderzuges-Sonderzug-Dienst in der Zeit vom 21. November bis 2. Dezember 1923 ein Schnellzug im Höchstgewicht von 200 Gramm mitgenommen werden. —

— **Das Schalgeld für die Lehrer-Lehrerinnen** für die zweite Kommunalsteuer ist bis zum 29. November an die städtische Kämmereikasse zu entrichten. Bei verspätetem Nichtentrichtung muß die Gehaltsnummer gegen eingezogen werden. —

— **Die Vorschriften über die Bedeutung von Sicherheit** auf den im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücken [illegible] im Anhang des [illegible] Polizeiamts [illegible] in der Bureau der [illegible] Polizeiamts, im Sicherheitsamt [illegible] und in der Bureau der Kommunalangestellten. —

— **Der neue Kabinettsbildner?** Albert ist ein Magdeburger Kind. Er ist der Sohn des Begründers des in Magdeburg bekannten Bankhauses Fr. Albert, das jetzt noch in den Händen eines Bruders des möglichen und dann schnell vorüberziehenden Reichskanzlers ist. Albert besuchte hier die Schule des Klosters Unsrer lieben Frauen. Nach abgelegtem Abiturium studierte er in Jena und Halle Jura und Staatswissenschaft. Dann wirkte er hier beim Landgericht als Referendar und Assessor. Von hier ging Albert nach Berlin und arbeitete längere Zeit im Reichsamt des Innern unter Posadowsky, von dem er zum Regierungsrat ernannt wurde. Während der Weltausstellung war er in St. Louis (Vereinigte Staaten) als Hilfsarbeiter Lewalds tätig, später auch in Brüssel. Während des Krieges war er wieder in den Vereinigten Staaten zur Regelung handelspolitischer Fragen. —

— **Die städtische Vergnügungssteuer** ist durch einen fünften Nachtrag ergänzt. Die neuen Bestimmungen werden in den Rathäusern und Verwaltungsstellen durch Aushang bekannt gemacht.

— **Gehaltzahlung an Angestellte.** Zwischen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und den Angestellten-Organisationen ist vereinbart worden, daß am Dienstag den 27. d. M. weitere 8000 Septembergehalte zur Auszahlung gelangen sollen. Die endgültige Auszahlung der Novembergehalte findet am Freitag statt in der Höhe, wie sie am Donnerstag durch Verhandlungen festgesetzt werden. —

— **Gedenkt der Kriegerwaisen!** Uns wird geschrieben: Die Not unsers Volkes ist im letzten Jahre noch viel größer geworden, als wir je geahnt hätten. Sie ist sicher am größten bei denjenigen, deren Weltkrieg den Vater, den Ernährer, geraubt hat. Vor dieser Not muß der Streit des Tages verstummen. Hier gilt es einig zu sein in werktätiger Hilfe. So bitten wir in diesem Jahre besonders dringend, zum bevorstehenden Weihnachtsfest Herzen und Hände für unsre Kriegerwaisen zu öffnen. Gaben werden erbeten an Justizrat Kaufmann, Alter Markt, Ecke Schwibbogen. —

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Erweiterte Hauptvorstandssitzung am Mittwoch [illegible] Uhr im Frankeheim. —

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

— **Stadttheater.** Dienstag (6. Abend): Martha. — Mittwoch (7. Abend): Rigoletto. —

Wilhelm-Theater. Dienstag (Vorst. f. d. Gef. f. Th. u. K.): Till Eulenspiegel. — Mittwoch (Vorst. f. d. Gef. f. Th. u. K.): Der Revisor. —

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Burg. Sozialdem. Stadtr.-Fraktion. Dienstag 8 Uhr Sitzung im Rathaus.

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Eine Konferenz von Krankenhausverwaltern aus dem Ostharz beschloß die Berechnung der Krankenhausverpflegesätze nach Goldmark. Es wird in der ersten Klasse für Einheimische der Betrag von 2,50 Mark berechnet. Hier wird immer in der zweiten Klasse die Hälfte mehr, in der ersten Klasse das Doppelte erhoben. Für die Verrechnung ist der Stand der Goldmark am Tage der Zahlung maßgebend. — Genosse Lotz hat nunmehr aus mehrfachen Gründen auf die Wahl zum Rektor der Johannesschule verzichtet. Die Stelle wird in der Lehrerzeitung ausgeschrieben. Die Schule hat 31 Klassen. — Gegen eine Anzahl von Personen, darunter mehrere Parteigenossen, die sich an jenem Tage in der Breiten Straße befanden, als Polizeimajor Wiehle dem Genossen Lotz mit dem Säbel eine Anzahl schwerer Wunden beibrachte, ist nunmehr das Strafverfahren wegen „Aufruhrs" usw. eröffnet worden. Wer wundert sich darüber? — Die wirtschaftliche Krise wirkt sich hier in furchtbarer Weise aus. Nur wenige Betriebe arbeiten voll. Die Löhne sind erschreckend niedrig geblieben. Die Bäcker und Fleischer sind mit ihren Preisen weit über die Vorkriegsbasis hinausgegangen. Sie würden sicher noch viel mehr nehmen, wenn der Konsumverein nicht regulierend den Preis nach unten drückte. — Im letzten Halbjahr wurde erstmalig der Versuch damit gemacht, den Schwimmunterricht klassenweise ähnlich den Turnunterricht durchzuführen. Zu dem Zwecke waren die städtische Schwimmhalle den einzelnen Schulen zu bestimmten Zeiten zur Verfügung. Die Erfolge waren weit günstiger als früher, als der Besuch ein rein freiwilliger war. Etwa 80 v. H. der Knaben und Mädchen sind jetzt als „Schwimmer" anzusehen. Der Unterricht ist völlig unentgeltlich. —

Altmark.

Kläden. Aus dem Zuge gestürzt. Am Mittwoch stürzte ein 10jähriger Junge der zu einer nach Amerika fahrenden tschechischen Auswandererfamilie gehörte, aus dem an unserer Station nach Hamburg vorüberfahrenden D-Zuge. Er muß sich offenbar an die nicht ganz verschlossene Tür angelehnt haben und wurde ungefähr 20 Meter weit auf den Streckenschotter geschleudert. Der Schrankenwärter zog den noch lebenden Knaben mit, doch konnte der schnell herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen. —

Salzwedel. Das Parteibureau kann während der Sitzungszeit nicht wie bisher offen gehalten werden, da Mittel zum Heizen nicht zur Verfügung stehen. Um aber jedem Genossen bei dringenden Fällen den Besuch des Sekretariats zu ermöglichen, wird das Sekretariat täglich 2 Stunden, und zwar von 11 bis 1 Uhr mittags, geöffnet sein. Die Genossen und Genossen wollen diese Zeit unbedingt einhalten und auch die übrigen Angelegenheiten als Beschaffung der „Volkswacht", Umtausch der Schriftenbücher usw., während dieser Zeit vornehmen. —

Stendal. Gegen Deutschvölkische und Kommunistische Partei Deutschlands. Wie die „Altmärkische Tages-Zeitung" mitteilt, sollte die Partei am Freitag laut Beschluß des Stadtrats der Ausübung der Deutschvölkischen Partei auf Grund [illegible] hier nicht. Bei der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die Ausführung beschlagnahmt worden. — Unterbezirksverband der Vereinigten sozialdemokratischen Partei. Dienstag den 27. November, abends 6 Uhr, im Sitzungszimmer in Stendal wichtige Sitzung. Genosse Jerl, Magdeburg, ist anwesend. —

Kleine Chronik.

Von den eigenen Söhnen erstochen. Der 50 Jahre alte [illegible] Schlossermeister Gustav Kleinert in Berlin wurde nach dem Streit mit seiner Ehefrau, die er mit einem Rasiermesser zu erstechen versuchte, von seinen beiden 19 und 18 Jahre alten Söhnen Franz und Johannes, die der Mutter zu Hilfe eilten, mit einem Totschläger und Messern derart bearbeitet, daß er bewußtlos zusammenbrach. Sein Sohn Franz brachte ihn nach dem Urban-Krankenhaus, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch und mehrere Verletzungen durch Messerstiche feststellte. Er wurde sofort operiert, doch war seine Rettung nicht mehr möglich. Er verstarb in der Operation. —

Volkssport.

Fußball.

Eintracht Lemsdorf I gegen Germania Burg I (2:3, 1:2, Ecken 7:5). Das dritte in Burg angesetzte Treffen lieferte noch den interessantesten Sport. Beide Mannschaften spielen denselben Fußball: flotte Durchbrüche, hart an den Mann gehen, hohes Spiel. Eintracht legt nach gut getretener Ecke durch anschließenden Kopfball ein Tor vor, Germania holt gleich danach auch durch Eckball auf. (27., 29. Minute.) Ein Durchbruch des Halblinken Germanias führt in der 40. Minute zum zweiten Tor. Allerdings stoppte er vom Schiedsrichter unbemerkt den Ball vorm Tore mit der Hand und schoß dann ein, wogegen Eintracht nach Schluß Protest einlegte. Das dritte Tor erzielte wiederum Halblinks durch scharfen Schuß. Der Ball geht gegen den Innenpfosten und prallt ins Tor (65 Minute). Das Spiel wird jetzt von Eintracht scharf durchgeführt, der Schiedsrichter stellt nach Verwarnung Rechtsaußen Eintrachts wegen Nachschlagens hinaus. Erst 3 Minuten vor Schlußpfiff gelang es dem Halbrechten der Gäste, ein Tor für seinen Verein aufzuholen. Germanias Sieg war verdient. Der Schiedsrichter (Witte, Burger Ballspielklub) konnte etwas mehr durchgreifen. —

Sturm Schönebeck I gegen Sturm 07 I (1:3 — 1:2, Ecken 0:4). Beide Gegner trugen ihr Wettspiel am Sonntag auf dem Sportplatz in der Umfassungstraße aus. Sturm Schönebeck hat Anstoß und zeigt anfänglich auch ganz guten Sport, der aber bald in ein etwas zu planloses Spiel auswächst, bei dem sich der Sturm als viel zu langsam, besonders aber rechter Läufer als zu schwach erweist. Sturm 07 findet sich schnell zusammen und kann nach kaum 10 Minuten durch einen schönen langen Schuß des Halbrechten in Führung gehen. Ein Strafstoß für Schönebeck wird kurze Zeit darauf zum Ausgleich eingeschossen. Sturm 07 kommt in flottem Spiel zu sehr guten Chancen vor dem gegnerischen Tor, die größtenteils, trotz genügender Zeit zum Schießen, alle über die Latte gejagt wurden. Kurz vor Halbzeit kommt Sturm 07 noch zu einem zweiten Erfolg.

Nach Halbzeit kann der Mittelstürmer 07 kurz vorm Tor der Schönebecker seinem Halbrechten den Ball sehr überraschend zuschieben, der dann auch sicher den dritten Erfolg einschießen kann. Schönebeck fällt immer ab. Vor allem fehlt der Mannschaft der Drang nach vorn und dann ein bedeutend schärferes Abdecken des Gegners. Sturm 07 spielte zufriedenstellend. Bei Sturm Schönebeck konnten Linksaußen, Mittelläufer, Halblinks und rechter Verteidiger gefallen. Der Schiedsrichter (Kersten, Benneckenbeck) war sehr gut. —

Turner Burg I gegen Weitstoß Magdeburg I (7:2, 2:0, Ecken 3:8). Mit obigem Resultat fand der Protest Weitstoß' seine Erledigung. Weitstoß, nur mit neun Mann antretend, war dadurch den Turnern kein ebenbürtiger Gegner. Man sollte endlich, eventuell auch mit Ersatz, aber voll antreten. Turner legten bis zur 70. Minute sechs Tore vor, als es Weitstoß' Halbrechts gelang, zwei Tore aufzuholen. Das siebente für Turner schoß Halbrechts kurz vor Schluß ein. Das Spiel selbst wurde reichlich hart durchgeführt. Der Schiedsrichter (Gerstenbruch, Sturm 07) leitete einwandfrei. —

Turner Benneckenbeck I gegen Burger Sportklub I (1:3, 1:0, Ecken 1:7). Sportklub in neuer Aufstellung lieferte auch diesem nur mit neun Mann antretenden Gegner ein völlig zerfahrenes Spiel. Schuld [illegible] neben dem Versagen der Verteidigung und des Linksaußen die verfehlte Aufstellung. Turner konnten, trotzdem Sportklub zeitweise scharf drückte, aber keiner das Schießen verstand, in der 30. Minute durch die Mitte in Führung gehen. Bis weit in die zweite Halbzeit hinein konnten sie das Resultat halten. Dann schoß der linke Läufer vom Sportklub einen Elfmeter zum Ausgleich ein. Der Verteidiger Sportklubs verläßt den Platz, die Mannschaft stellt um, das Spiel Sportklubs wird wuchtiger. Binnen 5 Minuten kann Mitte und Halblinks die siegbringenden Tore einschießen. Ersterer wird kurz vor Schluß vom Schiedsrichter herausgestellt, eine sehr harte Entscheidung. Beim Sportklub waren die beiden Neueingestellten noch die besten Leute, die andern unter Durchschnitt. Turner machten dem Gegner arg zu schaffen. Der Unparteiische (Pfeifer, Weitstoß Magdeburg) befriedigte. —

Borussia I gegen V. f. B. I. (0:0, 0:0, Ecken 8:2.) Unter der sichern Leitung des Unparteiischen Bergemann (V.B.-K.) stellten sich die Mannschaften zum Pflichtgesellschaftsspiel auf dem Borussia-Sportplatz gegenüber. Nach Anstoß entwickelt sich sofort ein lebhaftes, interessantes Spiel, wobei bis Halbzeit beide Tor oft in Gefahr kamen, ohne aber beiderseits Erfolge zu erzielen. Ohne Pause werden die Seiten gewechselt. Nach Halbzeit werden die Gäste ziemlich eingeschnürt, wogegen sich B. f. B. nur auf einige Durchbrüche beschränken kann. Es gibt dann sehr interessante Momente vorm Gästetor, aber die ungenauen Sachen werden vom Vorwärts gemeistert. 12 Minuten vor Schluß bekommt Borussia einen Elfmeter wegen Hand, welcher aber auch eine sichere Beute des Vorwärts wird. Trotzdem bis Schluß beide Mannschaften alles hergeben, konnte doch nur ein Unentschieden herausgeholt werden. Eine bessere Mannschaft war allerdings Borussia und nur ihrem guten Torwart hat V. f. B. es zu verdanken, daß sie keine Niederlage erlitten hat. —

Sturm Niederndodeleben I gegen Jahn Groß-Ottersleben I (0:2). Am Sonntag standen sich obige Mannschaften auf dem Gemeindeplatz Groß-Ottersleben im fälligen Serienspiel gegenüber. Mit dem Anstoß Sturms entwickelt sich ein scharfer Kampf. Es wird aber zunächst abgewehrt. In der 15. Minute etwa gelingt es Jahn, in Führung zu gehen. Nach einem Hin und Her gelingt es Jahn, abermals durch sehr geschickte Täuschung seiner Stürmerreihe, einzusenden. Jahn drückt mächtig, aber die gute Verteidigung Sturms vereitelt manchen Angriff, auch der Vorwärts in zu dem Posten. Nach Halbzeit gibt sich Sturm alle Mühe etwas zu erreichen, kommt aber nicht auf. Seine Angriffe bleiben meist schon in der Verteidigung stecken. Der Kampf nimmt jetzt schärfere Formen an, so daß sich der Schiedsrichter gezwungen sieht, einzugreifen. Der rechte Verteidiger Sturms muß das Spielfeld verlassen, bald darauf ab zwei Spieler. Da nun Sturm nur noch sieben Mann im Felde hat, wird das Spiel abgebrochen. Der Schiedsrichter war gut. —

Weitere Resultate. Borussia Jugend I gegen V. f. B. Jugend II 11:0. Borussia II gegen Sportfreunde [illegible] 3:5. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe,		Fall	Wuchs	Mulde,		Fall	Wuchs
Pardubitz	25.11. —	—	—	Düben	15.11. + 0,20	—	—
Brandeis	„ —	—	—	Saale,			
Melnik	„ —	—	—	Grochlitz	16.11 —	—	—
Lermeritz	„ —	—	—	Grotha Ufp.	„ + 2,04	—	—
Aussig	„ —	—	—	Bernburg Ufp.	„ + 1,08	—	0,04
Dresden	„ —	—	—	Kalbe Oberpeg.	„ + 1,57	0,13	—
Torgau	„ + 0,58	0,04	—	Kalbe Unterpeg.	„ + 0,70	—	0,02
Wittenberg	„ + 1,91	—	—	Grizehne	„ + 0,76	—	0,04
Roßlau	16.11. + 1,03	0,04	—	Havel.			
Aken	„ —	—	—	Brandenburg Oberpegel	25.11. —	—	—
Barby	„ + 1,28	0,05	—	Brandenburg Unterpegel	„ —	—	—
Magdeburg	„ + 1,03	0,01	—	Rathenow Oberpegel	„ + 1,62	—	—
Tangermünde	15.11. + 1,90	—	—	Rathenow Unterpegel	„ + 0,32	—	—
Wittenberge	„ + 1,52	—	—	Havelberg	—	—	—
Lenzen	„ —	—	—				
Dömitz	„ —	—	—				
Darchau	„ —	—	—				
Bozenburg	„ —	—	—				
Hohnstorf	„ + 0,95	—	—				

Wettervorhersage.

Dienstag den 27. November: Zunächst trockenes Frostwetter, später milder und Niederschläge. —

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Millionen:

	23. November Geld	23. November Brief	24. November Geld	24. November Brief
Amsterdam-Rotterdam	159[illegible]000	160400[illegible]r	159[illegible]000	160400[illegible]r
Buenos Aires	129[illegible]750	13[illegible]250r	129[illegible]750	130[illegible]250r
Brüssel-Antwerpen	195510	196490r	195510	196490r
Christiania	618450	621550r	618450	621550r
Kopenhagen	728175	731825r	728175	731825r
Stockholm	1105230	1110770r	1105230	1110770r
Helsingfors	107730	108270r	107730	108270r
Italien	183540	184460r	183550	184450r
London	18354000	18446000r	18354000	18446000r
Neuyork	4189500	4210500r	4189500	4210500r
Paris	227430	228570r	227430	228570r
Schweiz	730170	733830r	730170	733870r
Spanien	546630	549370r	546630	549370r
Japan	199[illegible]000	200500r	199500[illegible]	200500r
Rio de Janeiro	359100	360900r	359100	360900r
Wien (per Tausend)	58852	59148r	58852	59148r
Prag	121695	122305r	121695	122305r
Jugoslawien	47481	47719r	47481	47719r
Pest (per Tausend)	219450	220550r	219450	220550r
Bulgarien	34314	34486r	34314	34486r
Lissabon-Oporto	155610	156390r	155610	156390r